Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Politik und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Rochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittnack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von B. Ehrenfried & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 240 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Inseratengebühr: Die sechsgespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 101. **Halle, Mittwoch den 26. September 1917.** **1. Jahrgang.**

Verständigungsfriede oder ...?

Mitbürger! Parteigenossen! Seit Wochen und Monaten ist eine zügellose Agitation im Gange, um einen baldigen Friedensschluß, den der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als möglich und wahrscheinlich bezeichnet haben, mit allen Kräften zu hintertreiben. Nach drei Jahren eines Krieges, der wie kein zweiter ein Uebermaß von Leiden und Weh über die ganze zivilisierte Welt gebracht hat, wagt es eine kleine, aber geräuschvoll und anmaßend auftretende Gruppe, dem deutschen Volke zuzumuten, daß es für phantastische Eroberungspläne und unmögliche Weltherrschaftsziele den Krieg auf unabsehbare Zeit und zu einem ungewissen Ende fortsetze. Diese kleine Gruppe tritt unter den verschiedensten Namen, in den mannigfaltigsten Gewändern auf; bald im Rahmen einer politischen Partei, bald bezeichnet sie sich als „Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden", bald als „Ausschuß zur raschen Niederkämpfung Englands", neuerdings hat sie auch eine besondere Partei ins Leben gerufen, die „Deutsche Vaterlandspartei", aber hinter all dem steckt immer wieder derselbe Kreis von Menschen, der seit Jahren bekannt ist unter dem Namen der Alldeutschen.

Wer sind die Alldeutschen?

Die Alldeutschen sind die markantesten Vertreter des deutschen Imperialismus. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Verherrlichung und Anbetung der nackten Gewalt und der brutalen Schlacht, die ihnen die einzigen weltbewegenden Kräfte erscheinen. Das gilt nach außen wie nach innen hin. Nach außen hin erstreben sie eine möglichst weite Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine jetzigen Grenzen hinaus, die Unterwerfung und Angliederung benachbarter Länder sowie den Erwerb möglichst umfangreichen Kolonialgebiets. Nach innen wollen sie mit derselben brutalen Gewalt die aufstrebenden arbeitenden Klassen und

die Demokratie niederhalten.

Ihr lärmendes Gebaren und Auftreten hat namentlich dazu beigetragen, in der übrigen Welt die Vorurteile und das Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu säen, die sich jetzt so bitter an uns gerächt haben. Denn das Ausland konnte bei dem großspurigen Auftreten der Alldeutschen nicht erkennen, was wir wissen, daß in Wirklichkeit nur eine verschwindende Minderheit des deutschen Volkes hinter den Alldeutschen steht.

Auch jetzt während des Krieges wendet sich die große Masse des deutschen Volkes von den alldeutschen Kreisen ab. Die hinter der Alldeutschen stehen, sind an Zahl gering, an Einfluß freilich mächtig. Abgesehen von einigen weltfremden Ideologen, Schulprofessoren und pensionierten Militärs, sehen wir bei den Alldeutschen hauptsächlich die Kreise, denen der

Krieg große Gewinne in den Schoß geworfen

hat, und die auch bei langer Fortdauer des Krieges nicht um ihre wirtschaftliche Existenz zu fürchten brauchen, vor allem die Kreise der schweren Industrie und des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Sie speisen die Bewegung auch aus unerschöpflichen Geldquellen, kaufen in Massen bisher unabhängige Zeitungen auf und verwandeln sie in ihre Preßorgane, sie haben auch die „Deutsche Vaterlandspartei" finanziert und ermöglichen ihr eine Agitation nach amerikanischem Muster.

Die Kriegsziele der Alldeutschen.

Jedermann in Deutschland weiß, daß ein baldiger Friede nur möglich ist, wenn Deutschland sich mit seinen Gegnern verständigt. Selbstverständlich will niemand in Deutschland einen Frieden, der Deutschlands Ehre, Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Existenz antastet. Das gilt namentlich auch von der deutschen Sozialdemokratie. Jede gegenteilige Behauptung ist eine Verleumdung.

Aber anderseits ist vollkommen klar, daß es eine endlose Verlängerung des Krieges bedeuten würde, wenn Deutschland darauf ausginge, fremdes Land zu erobern, andre Völker zu unterwerfen oder eine hohe Kriegsentschädigung von den Gegnern einzutreiben. Denn ebenso wie das deutsche Volk sich mit dem Aufgebot aller Kräfte gegen derartige Zumutungen seiner Gegner wehrt, würden sich diese bis zum äußersten und letzten verteidigen, ehe sie auf derart demütigende Bedingungen eingingen.

Eroberungen und Entschädigungen fordern, heißt also, den

Krieg bis ins Endlose verlängern.

Das aber ist das Ziel der Alldeutschen. Eins ihrer hervorragenden Mitglieder, Graf von Roon, Generalleutnant z. D., Mitglied des Preußischen Herrenhauses, hat es in einer alldeutschen Korrespondenz am 22. August 1917 in folgendem schneidigen Divisionsbefehl formuliert:

Keine Verständigung,
keine Verhandlung,
keine Friedenskonferenz,
sondern nur völliger Sieg, völliges Niederschlagen aller Gegner und dann:
Jedem einzelnen den Frieden diktieren, den wir ihm bewilligen können und — wollen.

Also zunächst die Gegner völlig niederschlagen! Aber das ist auf dem Papier leichter getan wie in der Wirklichkeit. Deutschland müßte danach zunächst einen Sieg erringen, durch den Ehgland, Frankreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan, China, Brasilien usf. usf. völlig auf die Knie geworfen werden. Wie stellt sich Graf Roon diesen Sieg vor? Wie stellt er sich namentlich den Sieg vor, der es uns ermöglichen soll, Japan oder den Vereinigten Staaten den Frieden zu diktieren?!

Trotzdem hören die Alldeutschen nicht auf, den dicht vor der Tür stehenden „Endsieg" zu prophezeien. Jeder, der an dieser Prophezeiung zweifelt und mit ruhigem Kopfe die Tatsachen prüft, wird von ihnen in der maßlosesten Weise als „Flaumacher", „Feigling" usw. beschimpft. Wie steht es aber mit der

Zuverlässigkeit alldeutscher Prophezeiungen?

Schon ein dutzendmal haben sie uns den völligen Zusammenbruch der Gegner in ganz kurzer Zeit prophezeit. Bisher aber ist keine dieser Prophezeiungen eingetroffen. Nur ein paar Beispiele dafür: Im Juni erklärte der alldeutsch-konservative Führer v. Heydebrand auf einer Versammlung in Militsch, von ganz zuverlässiger Seite gehört zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Seitdem ist mehr als die doppelte Zeit vergangen, England ist noch nicht niedergezwungen. Wenige Zeit später aber, im August 1917, prophezeite der Fürst Salm-Horstmar auf einer Dortmunder Flottenvereinstagung, „nur noch wenige Monate gilt es auszuhalten und unsre Feinde liegen vollständig zerschmettert am Boden".

Seitdem ist nun eine längere Zeit vergangen, aber es macht sich noch kein Anzeichen für die „völlige Zerschmetterung" unsrer Feinde bemerkbar.

Bei diesen andauernden Mißerfolgen im Prophezeien muß man die Dreistigkeit bewundern, mit der die Alldeutschen jeden beschimpfen und verhöhnen, der ihren Voraussagungen den Glauben aufkündigt.

Die Alldeutschen und der Reichstag.

Der Deutsche Reichstag hat am 19. Juli 1917 sich mit großer Mehrheit auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt. Er hat der Willensmeinung des deutschen Volkes durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben, welche ausdrücklich Eroberungen und Vergewaltigungen fremder Völker ablehnt.

Nur die alldeutschen Eroberungspolitiker und ihre Helfer aus der von der sozialdemokratischen Partei abgesplitterten unabhängigen Sozialdemokratie stimmten dagegen. In ihrer

Antwort auf die Papstnote

hat die deutsche Regierung betont, wie sehr es ihr auf Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen des Papstes und der Friedenskundgebung des Reichstags vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Kaum hatte der Reichstag die erwähnte Resolution gefaßt, als die Alldeutschen mit den maßlosesten Beschimpfungen über die Reichstagsmehrheit herfielen. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter ein wesentliches Verdienst daran haben, daß die Friedensresolution des Reichstags zustande kam, wurde in der unflätigsten Weise angegriffen. Ausdrücke, wie „Schmachresolution", „Bankrottresolution", „Friedensgewinsel", „neurasthenischer Zusammenbruch", waren noch das geringste. Die „Deutsche Tageszeitung" warf der Reichstagsmehrheit „Verrat am Vaterland" vor, und der schon genannte Fürst Salm-Horstmar bezeichnete die Mitglieder der Mehrheit als „Landesverräter". Bei der Gründung eines Landesvereins der „Deutschen Vaterlandspartei" für Westpreußen wurde der Reichstag von dem Hauptredner, Generallandschaftsdirektor Meyer-Rottmannsdorf, sogar als eine „Idiotenanstalt" bezeichnet.

So beschimpfen

angebliche deutsche Patrioten

die Vertretung des deutschen Volkes. In ihrer Wut über den Reichstagsbeschluß stellen sie die Behauptung auf, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stände. Dabei stehen hinter den Parteien, welche die Verständigungsresolution angenommen haben, etwa vier- bis fünfmal soviel Wählerstimmen als hinter den Parteien der Alldeutschen!

Der alldeutsche Patriotismus.

Bei jeder Gelegenheit stellen sich die Alldeutschen so hin, als wären sie die alleinigen Freunde des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Um diese Behauptung zu erhärten, schrecken sie auch vor den niedrigsten Verdächtigungen ihrer Gegner nicht zurück. So wird in den „Alldeutschen Blättern" den Vertretern der Reichstagsmehrheit fortgesetzt nachgesagt, daß sie die Erfolge der deutschen Waffen nicht wünschen, daß z. B. die Einnahme von Riga für sie ein „schwerer Schlag" gewesen sei, gleich als ob die Anhänger des Verständigungsfriedens es auf die deutsche Niederlage abgesehen hätten.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dies eine bodenlose Unterstellung ist. Die Anhänger des Verständigungsfriedens wissen sehr wohl, daß ohne die Erfolge der deutschen Waffen Deutschland sich nicht gegen die mehr als sechsfache Uebermacht seiner Feinde behaupten könnte. Die deutschen Siege tragen dazu bei, unsre Gegner zu überzeugen, daß sie

Deutschland nicht bewältigen können

und wirken so zur schnellern Herbeiführung einer Verständigung, — wenn man nicht, wie die Alldeutschen es tun, sich nach jedem Sieg in einen Eroberungsrausch hineinphantasiert. Wer freilich nach der Besetzung jeder Stadt und jeder Provinz sofort in den Ruf ausbricht: „Das geben wir nicht wieder heraus!", der treibt die Feinde zum äußersten verzweifelten Widerstand.

Auf wie schwachen Füßen aber der Patriotismus der Alldeutschen steht, sobald ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zeigen Drohungen aus ihren Reihen. Der alldeutsche Professor Roethe schrieb zu der Reichstagsresolution aus dem Felde:

> Wenn unsre Politiker so zu Hause sich tummeln — zur Freude unsrer Feinde —, dann mag meinetwegen alles kaputt gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.

Also Militärstreik, das ist die Drohung dieser Patrioten, wenn es nicht in Deutschland nach ihren Wünschen geht!

Alldeutsche Methode.

Um die Anhänger des Verständigungsfriedens in Mißachtung zu bringen, scheuen die Alldeutschen auch vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurück. Man bezeichnet die Freunde der Verständigung von alldeutscher Seite als „Landesverräter" und „Agenten des feindlichen Auslandes".

Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, welche die unerschrockenste Vorkämpferin des Verständigungsfriedens in Deutschland ist, wird von den Alldeutschen fast täglich in dieser Weise beschimpft. Beispiele dafür sind zahllos. So brachte die alldeutsche Presse das Gerücht auf, Scheidemann sei verhaftet worden, weil ihm nachgewiesen sei, er stehe als feindlicher Agent im englischen Solde. Die „Tägliche Rundschau" warf im August dem „Vorwärts",

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0001

weil er sich einer objektiven Schreibweise befleißigte, vor, er schriebe „in Wahrnehmung englischer Interessen".

Auch sonst greift man, wenn es nicht weiter geht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die alldeutsche Presse andauernd Zitate aus dem „Vorwärts" und andern sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Aussprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart hat, daß die saubern Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten und Dinge hereinbrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte. Warum das alles?

Mit solchen verzweifelten Mitteln kämpfen die Alldeutschen, um den Blick des deutschen Volkes von der Wahrheit abzulenken.

Was ist die Wahrheit?

Daß bei allseitigem Verständigungswillen der Völker ein baldiger Friede möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine völlige Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet.

Die Verfolgung des alldeutschen Programms bedeutet einen Selbstmord der europäischen Kultur, denn nach einem solchen Zusammenbruch würde ein Aufbau Europas kaum in 100 Jahren wieder möglich sein.

Die Alldeutschen freilich behaupten, Deutschland müsse verkümmern, wenn es nicht all das erhielte, was sie als Eroberungsziele bezeichnen, Land in Ost und West und eine Kriegsentschädigung. Sie malen uns große Bilder aus, was Deutschland bei Durchführung dieser Eroberungen alles besitzen würde und nicht besitzen würde bei einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Aber sie vergessen, uns die Schädelpyramide zu malen, die sich noch auftürmen müßte bis zur Erreichung dieser Ziele, — falls sie überhaupt zu erreichen sind.

Soll wirklich für diese vagen Aussichten der **Krieg ins Unendliche verlängert** werden? Das Volk ist des Mordens satt, es verlangt einen baldigen Frieden und verlangt, daß dieser geschlossen werde, sobald Deutschlands Existenz gesichert ist.

Wer für die alldeutschen Ziele eintritt, der tritt für Kriegsverlängerung und neue maßlose Leiden ein. Er leistet auch künftigen Kriegen Vorschub. Denn ein Zerschmetterungsfriede, wie ihn die Alldeutschen predigen, würde die Gegner zu neuen Revanchekriegen gegen Deutschland aufpeitschen.

Wer einen baldigen Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, bekämpfe mit für diese Ziele in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 23. September 1917.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Was der Krieg bringt.

23000 Tonnen.

Der Chef des Admiralstabs gibt bekannt: Durch die Tätigkeit unsrer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 23000 B.-Reg.-To. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Teerleß" (3112 Tonnen), Ladung Kupfererz und Kork, das französische Viermastvollschiff „Tarapaca" (2506 Tonnen) mit Salpeter, sowie ein unbekannter Tankdampfer, der durch zwei Zerstörer gesichert war. —

* * *

„Das Vaterland stirbt!"

Die erste Darstellung der Kornilow-Revolte von bolschewistischer Seite liegt in der Nr. 23 der „Auslands-Prawda" jetzt vor. Die Ereignisse haben hier ein ganz andres Aussehen als in der von Kerenski beherrschten Petersburger Telegraphenagentur. Zunächst ist von Wichtigkeit ein bisher unbekannter Aufruf von Kornilow, durch welchen dieser am 9. September auf Kerenskis Proklamation antwortete. Kornilows Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Das Telegramm des Ministerpräsidenten (Nr. 4163) stellt in seinem ersten Teil eine infame Lüge dar. Nicht ich habe das Mitglied der Duma Wladimir Lwow zu der provisorischen Regierung gesandt, sondern er kam zu mir als Abgesandter des Ministerpräsidenten, was das Mitglied der ersten Duma, Alekseej Aladin bezeugen kann. Auf diese Weise vollzog sich die große Provokation, die die Geschicke des Vaterlandes aufs Spiel setzt.

Russische Leute wisset! Unser großes Vaterland stirbt! Die Stunde des Endes naht. Genötigt, offen aufzutreten, erkläre ich, General Kornilow, daß die provisorische Regierung unter dem Drucke der bolschewistischen Mehrheit der Sowjets im vollen Einvernehmen mit den Plänen des deutschen Generalstabs und gleichzeitig mit der bevorstehenden Landung der feindlichen Kräfte im Rigaer Busen die Armee tötet und das Vaterland im Innern erschüttert.

Das tiefe Bewußtsein von dem unausweichbaren Zusammenbruch nötigt mich in dieser furchtbaren Stunde, alle russischen Leute aufzufordern zur Rettung des sterbenden Vaterlandes. Alle, die ein russisches Herz haben, alle, die an Gott glauben, mögen vor seinem Altar um das große Wunder flehen, um das Wunder der Rettung des Vaterlandes.

Ich, General Kornilow, Sohn eines Kosakenbauern, erkläre allen und jedem, daß ich persönlich nichts benötige als die Erhaltung des großen Rußlands, und ich schwöre, daß ich es durch den Sieg über den Feind zur konstituierenden Versammlung bringen werde, in der es selbst seine Geschicke entscheiden und seine neue Staatsordnung bestimmen wird. Rußland in die Hände seines Erbfeindes, der deutschen Nation, auszuliefern, das russische Volk zum Sklaven der Deutschen zu machen, bin ich nicht imstande und ziehe es vor, auf dem Felde der Ehre und des Kampfes zu fallen, um die Schande und die Entehrung der russischen Erde nicht zu sehen.

Russisches Volk! In deinen Händen befindet sich das Leben deines Vaterlandes!

Die Bolschewiki machen darauf aufmerksam, daß nach der Moskauer Staatskonferenz Kerenski und die Anhänger der provisorischen Regierung das Volk glauben zu machen suchten, daß zwischen ihnen und Kornilow volle Einmütigkeit herrsche. Noch ganz kurze Zeit vor dem Staatsstreich erklärte Nekrassow alle Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Oberbefehlshaber für Märchen.

Die Bolschewiki haben das Material gesammelt, das die Absicht eines gegenrevolutionären Putsches durch Kornilow bewies. Aber erst als Kerenski seine Stellung persönlich bedroht sah, habe er zur Gegenwehr gegriffen. Er habe auch dann nicht offen gekämpft, sondern fortwährend mit Kornilow verhandelt. Er sei sogar bereit gewesen, selbst zurückzutreten, bis Zereteli und Holtz ihn überzeugten, daß er unter allen Umständen im Amte bleiben müsse. Während des angeblichen Kampfes gegen Kornilows gegenrevolutionäre Verschwörung habe Kerenski alle Blätter der Bolschewiki und sogar Gorkis „Nowaja Schisn" verboten. Er habe die Soldaten verhindern wollen, die revolutionsfeindlichen Offiziere zu verhaften, woran diese sich freilich nicht gekehrt hätten. Auch jetzt suche Kerenski um jeden Preis die Kadetten in der Regierung zu halten, und seine bisherige Politik der Unterdrückung der äußersten Linken fortzusetzen.

Daß die Macht der Maximalisten indessen bedeutend gewachsen ist, unterliegt keinem Zweifel. Auf den jüngsten Wahlen in die Petersburger Duma haben, wie der frühere bürgerliche Finanzminister Tschingarew im „Rjetsch" vom 9. September mitteilt, die sozialdemokratischen Anhänger der provisorischen Regierung statt 40 Sitze nur noch 8 erhalten. Auch die vereinigten Arbeits- und Volkssozialisten (Kerenski-Gruppe) seien nur noch vereinzelt in die Stadtduma zurückgekehrt, die Plechanow-Gruppe sei vollständig verschwunden. Hingegen hätten die Bolschewisten jetzt 34 Plätze inne, und seien damit an die erste Stelle gerückt, da die Sozialrevolutionäre nur noch 21 Sitze behauptet hätten. Tschingarew charakterisiert die Lage so: „Das politische Barometer zeigt gegenwärtig nicht nur veränderlich wie früher, sondern auch eine deutliche Abschwenkung nach der Seite Sturm." —

* * *

Bayern an Benedikt.

Die Papstnote über Friedensmöglichkeiten ist außer an den deutschen Kaiser auch an den König von Bayern übergeben worden, bei dem ja ein päpstlicher Nunzius beglaubigt ist. König Ludwig hat sich deshalb auch veranlaßt gesehen, die Papstnote besonders zu beantworten, trotzdem verfassungsgemäß die Vertretung des Reiches nach außen dem Kaiser und dem verantwortlichen Reichskanzler zusteht.

Hier ist der Wortlaut der bayrischen Antwort unter Fortlassung der einleitenden Ergebenheits- und Dankesbezeigungen:

„Jeden Schritt, den Eure Heiligkeit zur Anbahnung eines dauernden und für alle ehrenvollen Friedens unternahmen, habe ich ebenso wie Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preußen, und alle andern deutschen Bundesfürsten, wie das ganze deutsche Volk mit herzlichster Sympathie verfolgt. Die Geschichte beweist es, daß das deutsche Volk seit der Begründung des Deutschen Reiches keinen andern und keinen sehnlichern Wunsch gehabt hat, als in Frieden und in Ehren an der Lösung der höchsten Kulturaufgaben der Menschheit nach Kräften mitzuwirken und sich der ungestörten Entwicklung seines wirtschaftlichen Lebens zu widmen. Nichts konnte dem friedliebenden deutschen Volk und seiner Regierung dabei ferner liegen, als der Gedanke eines Angriffs auf andre Völker und als das Streben nach gewaltsamer Gebietserweiterung. **Denn kein Sieg und kein Ländererwerb konnte in seinen Augen auch nur im entferntesten die furchtbaren Schrecken eines Krieges, die damit notwendig verbundene Vernichtung kultureller und wirtschaftlicher Werte aufwiegen.** Die in voller Uebereinstimmung mit den deutschen verbündeten Regierungen geführte Politik des deutschen Kaisers und der Reichsleitung, die allezeit, oft bis hart an die Grenze des mit den deutschen Interessen Verträglichen, die Erhaltung und Sicherung des Friedens im Auge hatte, fand daher stets die vollste Billigung des deutschen Volkes und seiner gewählten Vertreter. Erst als sich Deutschland in seiner Existenz bedroht betrachten mußte, als sich das deutsche Volk mit seinen treuen Verbündeten von allen Seiten angegriffen sah, gab es keine andre Wahl, als mit dem Aufgebot aller Kräfte für Ehre, Freiheit und Dasein zu kämpfen.

Aber auch während dieses uns aufgezwungenen, nun mehr als 3 Jahre wütenden Krieges ohnegleichen hat die deutsche Regierung unzweideutige Beweise ihrer Friedensbereitschaft geliefert, und zwar ganz besonders durch die im Verein mit unsern Bundesgenossen schon zu Ende des Jahres 1916 an die Feinde gerichtete feierliche Aufforderung, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn dieser erste, ernste Versuch, den Schrecken des Krieges ein Ende zu machen, gescheitert ist, so trifft dafür die Verantwortung unsre Gegner, die jedes Eingehen auf den Vorschlag ablehnten. Um so inniger sind die Wünsche, die ich gleich Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, gleich dem ganzen deutschen Volke für einen Erfolg des von Eurer Heiligkeit jetzt unternommenen Schrittes hege, damit durch ihn zum Besten der ganzen Menschheit ein dauernder, für alle Teile ehrenvoller Friede angebahnt werden möge." —

* * *

Schwenkung der Nationalliberalen.

Der Abmarsch der nationalliberalen Partei in das schwerindustriell-alldeutsche Lager, der sich in der Sitzung des Zentralvorstandes am letzten Sonntag vollzogen hat, wird für die auswärtige Politik des Reiches wahrscheinlich gar nichts bedeuten. Fortschrittler und Zentrum haben sich durch den Reichstagsbeschluß vom 19. Juli derart festgelegt, daß ein Zurückweichen kaum noch möglich ist, die Mehrheit für die Fortsetzung einer konsequenten Friedenspolitik ist damit gesichert. Und die Regierung hat soeben erst in ihrer Antwort an den Papst in der denkbar feierlichsten Weise ihre Uebereinstimmung mit dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli ausgesprochen, gegen den der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei jetzt Sturm läutet. Den Kurs des deutschen Reichswagens plötzlich wieder ändern zu wollen, wäre mehr als Wahnsinn. Man wird also hinsichtlich der Rückwirkung des nationalliberalen Parteibeschlusses auf die auswärtige Politik sich keinen übertriebenen Besorgnissen hinzugeben brauchen.

Vielleicht war das auch mit ein Grund dafür, daß die nationalliberale Entschließung so hervorragend unentwegt ausgefallen ist. Eine Partei, die zur Mehrheitsbildung unnötig ist und auf die Führung der Regierungsgeschäfte keinen Einfluß hat, kann sich in Radikalismus schon etliches leisten. Und so hat sich die nationalliberale Partei nicht gescheut, in weltpolitischen Fragen einen nationalistischen Radikalismus zu entfalten, wie ihn eben nur vollkommen verantwortungslose Leute zur Schau tragen können.

Stresemann, der künftige Führer der Reichstagsfraktion, ist ein hervorragend kluger Mann. Man hätte ihm unbedenklich auch das Staatssekretariat des Auswärtigen anvertrauen können. Er würde dann in diesem Amte sicherlich gar nicht anders gehandelt haben als von Kühlmann, der heute der bestgehaßte Mann der Alldeutschen ist, während Stresemann von heute ab ihr verhätscheltes Lieblingskind ist. Stresemann ist aber einstweilen nicht Staatssekretär, sondern Geschäftsführer des Bundes der Industriellen, der kürzlich mit dem Zentralverband deutscher Industrieller in dasselbe Haus gezogen ist, und nationalliberaler Reichstagsabgeordneter mit der Anwartschaft auf Bassermanns Nachfolge. Stresemann erfreut sich als alter Nationalsozialer und Jungliberaler in linksgerichteten Kreisen des Liberalismus noch immer des Rufes, ein moderner Mann zu sein. Auf der rechten Seite seiner Partei, bei den alten Herren, den Honoratioren, den Herren von ererbter Bildung und ererbtem Besitz, hatte dieser rasche Emporkömmling immer noch mit einem starken Mißtrauen zu kämpfen. Nach seiner Rede im Zentralvorstand und der von ihm empfohlenen Entschließung wird dieses Mißtrauen überwunden sein oder sich wenigstens nicht auswirken können. Indem Stresemann seine Partei mit Hurra in das alldeutsch-schwerindustrielle Lager hinüberführte, hat er sich das Erbe Bassermanns gesichert.

Ob nun die nationalliberale Fraktion, die sich in der letzten Zeit recht „staatsmännisch" zeigte, auch im Reichstag alldeutsche Kapriolen schlagen wird, wie es ihr der Beschluß des Zentralvorstandes eigentlich vorschreibt, ist noch lange nicht ausgemacht. Die nationalliberale Fraktion hat eine Zeitlang geschwankt, ob sie sich nicht der Mehrheit anschließen solle, und eine Gruppe, die etwa ein Viertel der Fraktion umfaßt, war entschieden dafür. Es gab im Schoße der Partei heftige Auseinandersetzungen, die mit der Annahme einer Kompromißerklärung endeten. Man beschloß, gegen die Mehrheitsresolution zu stimmen, aber mit einer Begründung, die eher auf Zustimmung denn auf Ablehnung hinauslief. Dies besorgte Prinz Schönaich-Carolath in der ihm eignen wohlwollenden und milden Weise, indem er erklärte, auch die nationalliberale Partei bekenne sich zu dem Satze der Thronrede, daß uns nicht Eroberungslust treibt, und sei mit Verhandlungen einverstanden, die zu einem Ausgleich der Interessen und einer Versöhnung der Völker führen sollten. Von einer „Gefährdung deutscher Zukunftsinteressen", die der Mehrheitsbeschluß nach Meinung des nationalliberalen Zentralvorstandes bedeuten soll, von Machterweiterung in Ost und West, Sicherung der weltpolitischen Stellungen über See, ausreichende Kriegsentschädigungen usw. kein Wort!

Schon die taktische Vorsicht müßte also die nationalliberale Fraktion im Reichstag davon abhalten, in die Debatten den Ton der nationalistischen Demagogie hineinzutragen. Er würde schön heimgeleuchtet werden! Trotzdem muß der Beschluß des Zentralvorstandes dazu beitragen, die parteipolitischen Gegensätze auch im Reichstag zu verschärfen, jedenfalls auch die Gegensätze innerhalb der Fraktion selbst. Dem Deutschen Reiche wird der Beschluß des Zentralvorstandes hoffentlich nichts schaden, aber daß er die nationalliberale Partei selbst vollständig ruinieren kann, darf mit einiger Bestimmtheit vorausgesagt werden. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0002

Jaures und Elsaß-Lothringen.

Gegenüber dem unentwegten Festhalten der Franzosen an der Forderung, den Krieg bis zur „Desannexion" Elsaß-Lothringens fortzusetzen, sei noch einmal an die Worte erinnert, die Jean Jaurès in der Jubiläums-Nummer des „Vorwärts" vom 31. März 1909 an die deutschen Arbeiter gerichtet hat. In seiner genialen Weise beleuchtete er dort den Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich, und trat warm für eine Verständigungspolitik der beiden Länder also ein:

Die von den französischen Sozialisten betriebene Propaganda für den Frieden und für das Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland wird in hohem Maße durch die machtvolle, immerzu wachsende politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gefördert, durch die leidenschaftlichen Bemühungen des deutschen Proletariats, das politische Recht zu erringen, den Junkern das Wahlrecht abzuzwingen und die feudale Zensusfestung des Preußischen Landtags zu schleifen ... Und wenn das Elsaß durch eine einsichtige und großzügige Politik ernsthafte Bürgschaften empfänge; wenn die französische Kultur, die dort mit der deutschen zu harmonischer Verbindung gebracht werden kann, nicht systematisch und brutal unterdrückt würde; wenn die von den deutschen Sozialdemokraten sofort für die Elsässer geforderte Politik der Freiheit und Gerechtigkeit im ganzen Gebiete des Reiches zum Siege gelangte, dann würde auch bald die Stunde schlagen, wo wir die französische Demokratie zu einer dauerhaften, endgültigen Verständigung mit Deutschland bringen könnten.

Auf deutscher Seite ist alle Bereitschaft zu dieser Verständigung vorhanden. Die französischen Sozialisten und die gesamte französische Demokratie brauchen nur zu Jaurès zurückzukehren. —

* * *

China und die Entente.

Ueber die Stellung Chinas zu den Entente-Mächten nach seiner Kriegserklärung an Deutschland bringt „Critica Sociale" vom 15. September eine Zuschrift des bekannten zuverlässigen „Avanti"-Berichterstatters Bossini aus Nanking, der wir folgendes entnehmen:

„Trotzdem wenigstens formell China die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, ist die Entente nicht zufrieden. Die den Einflüsterungen der Gesandtschaften folgenden großen Blätter murren und zeigen sich beunruhigt. Nun ist allerdings wahr, daß China ja gesagt hat, aber zu Taten entscheidet es sich nicht. Es zögert alles hinaus. Es zeigt sich unschlüssig. Es schwankt hin und her. Anspielungen rühren es nicht. Hat denn nicht auch gerade die Entente verkündet, daß jedes Volk, ob groß oder klein, über sein eignes Schicksal selbst bestimmen soll? China scheint sie beim Wort nehmen zu wollen. Bisher machten immer die andern Staaten Verträge für China und sicherten sich selbst den Löwenanteil. Da nun der Krieg alles revolutioniert, sieht es nicht ein, warum nicht auch diese Verträge revidiert werden können.

Ist doch China der beleidigte Teil! Tsingtau war für 100 Jahre an Deutschland verpachtet. Allerdings eine lange Pacht! Aber immerhin China blieb Eigentümer. Und weil nun Deutschland einen gut befestigten Platz daraus gemacht hat, hat man es ihm entrissen, es indessen den wirklichen Eigentümern nicht zurückgegeben. Dergleichen nennt man eben auch in China Vergewaltigung!

Aber in keinem Lande der Welt sind die Fremden so sehr die Herren im Hause wie in China. Freilich hat Rußland seine Garnisonen zurückgezogen. Japan aber hat erklärt, daß wenn es je seine chinesischen Gebiete herausgäbe, es dafür „Konzessionen" in Peking bekommen müßte. Nichts weiter als das!

Das imperialistische Rußland ließ sich 1898 die ganze Halbinsel Liautung einschließlich Port Arthur zusichern. Das war natürlich ein vortrefflicher Grund für England, sich im selben Jahre den Hafenplatz Weihaiwei anzueignen „für die ganze Zeit, in der Port Arthur russisch bleibt". Daher kommt es, daß, als 1905 (durch den Russisch-Japanischen Krieg) Port Arthur den Russen verloren ging, Weihaiwei — — bei England verblieb. So viel Güte und Verzichtleistung konnte nicht ohne Belohnung bleiben. Daher schließen die Vereinigten Staaten den chinesischen Arbeitern die Tür vor der Nase zu; Südafrika, Australien und Neuseeland lassen Einwandrer nur unter der Bedingung herein, daß sie eine europäische Sprache lesen können. Kanada gewährt einem Chinesen nur dann Zulaß, wenn er die Kleinigkeit von 100 Pfund Sterling besitzt. In Kalifornien dürfen chinesische Kinder nicht Schulen besuchen, in die weiße Kinder gehen, in Südafrika müssen Chinesen im eignen Getto wohnen, dürfen nicht auf dem Bürgersteig gehen und sich weder in öffentlichen Postämtern noch in Straßenbahnen blicken lassen, in denen Europäer verkehren.

Wenn China, bevor es sich Hals über Kopf in den Krieg der Freiheit für alle Völker stürzt, daran dächte, zuerst etwas wie eine Revision zu seinen Gunsten zu verlangen, wäre das allzu verständlich?!" —

* * *

Amtliche Treiber für die Alldeutschen.

Die Landwirtschaftliche Gesellschaft in Labiau hat unter dem Vorsitz des Landrats Bacmeister, der selbst zu den Gründern der „Vaterlandspartei" gehört, den Beitritt zur neuen Partei beschlossen. Und zwar geschah dies mit einer höchst geschmackvoll — wir wissen nicht, ob vom Landrat selbst — gereimten „Begrüßung", in der es heißt:

Wir sollten erliegen der vaterlandslosen,
der feindlichen Trug-Partei,
So schnitt man zu Riemen ganz sicher auch unsre
Haut entzwei!
Wer sollte dann wohl ehrlich Recht noch sprechen,
Wenn über größte Staatsverbrechen
Die Feindes-Meute schadfroh lacht?!

Im selben Orte veranstaltete Major Hubner (!), Führer des dortigen Landsturm-Ersatz-Bataillons (!), eine Versammlung, in der zunächst „ein charakterlos Feldgrauer" über den „Wirtschaftskrieg unsrer Feinde" sprach. Sodann forderte Landschaftsrat Kumert die Anwesenden auf, „in dem innern Kampf unsrer Regierung den Rücken zu stärken" und der Vaterlandspartei beizutreten. In einem Aufruf, der die Unterschrift des Landrats trägt, werden „alle vaterländisch Gesinnten" zum Beitritt aufgefordert. Die „Labiauer Kreiszeitung" verwendet natürlich täglich Spalten auf Spalten ihres amtlichen Papiers, um für die neue Partei die Reklametrommel zu rühren.

Es ist begreiflich, daß niemand, der abhängig ist, diesem Drucke widerstehen kann. Einzig und allein der Superintendent Nikolaiski hat seine Unterschrift unter dem Aufruf wieder zurückgezogen, als er den eigentlichen Zweck dieser „vaterländischen" Gesellschaft erkannte.

Man wird sagen: das ist Labiau! Aber selbst in Berlin ist es auch nicht viel anders, wie wir schon wiederholt festgestellt haben. Jetzt schreibt Herr v. Gerlach in der „Welt am Montag":

Da der „Vorwärts" angekündigt hat, im Reichstag werde man gründlich auf die Sache eingehen, so darf man sich wohl auf ganz interessante Enthüllungen gefaßt machen. Für meine Person darf ich inzwischen bemerken, daß auch zu mir Beamte gekommen sind und sich in bittern Worten über den moralischen Druck beschwert haben, den ihre Vorgesetzten auf sie auszuüben versuchten, um sie zum Eintritt in die Vaterlandspartei zu veranlassen. Sie erzählten, man habe ihnen gesagt, wenn sie den Beitrag — eine ganze Mark! — nicht zahlen könnten, so schade das nichts. Die Hauptsache sei, daß ihre Namen in die Listen kämen.

Und wie kommen Namen in die Liste! In Breslau ist eine solche Liste veröffentlicht worden, die folgende wundervolle Unterschrift trägt: „Postdirektor Linde nebst 78 Beamten des Postamts 1."

„Nebst" ist ausgezeichnet! Ein paar hochgestellte Personen nebst allem, was von ihnen abhängig ist — das ist die ganze „Deutsche Vaterlandspartei". —

* * *

Getreide- und Mehlschiebungen.

Die großen Getreide- und Mehlschiebungen zwischen Thorn und Berlin beschäftigen nun auch das Kriegswucheramt in Berlin. Dieses teilt folgende Einzelheiten über die Angelegenheit mit:

Der Vorsteher des Güterbahnhofs in Thorn, Wilhelm Bönig, benutzte vor kurzem seinen Sommerurlaub, um nach Berlin zu fahren mit der Absicht, hier Verbindungen mit Lebensmittelschiebern anzuknüpfen. Er lernte hier den Kaufmann Bruno Anders, Schöneberg, Bahrischer Platz 4, kennen. Dieser erklärte sich sofort bereit, größere Posten Roggenmehl abzunehmen. Darauf veranlaßte Bönig den Mühlenverwalter Konrad Rippert in Thorn, den Verwalter der in der Nähe von Thorn gelegenen großen Leibitscher Mühle, 400 Zentner, also zwei volle Waggons, Roggenmehl zu Wucherpreisen zu verkaufen. Rippert hatte es verstanden, sich widerrechtlich Frachtbriefe zu verschaffen, die für Transporte an Proviantämter der Heeresverwaltung bestimmt waren. Auf diese Frachtbriefe hin sollten die beiden Waggons nach Berlin in die Hände der Schieber gebracht werden. Um den Eisenbahnversand ab Station Leibitsch möglich zu machen, wurde der Hilfsweichensteller Max Stiemert in Leibitsch ins Vertrauen gezogen.

Als alles fertig war, fuhr Anders von Berlin nach Leibitsch, um dort die beiden Waggons zu übernehmen. Er verschlief aber im Schlafwagen die Zeit, fuhr über Thorn hinaus, und als er mit dem nächsten Zuge nach Thorn zurückkam, fand er bereits Beamte des Kriegswucheramts aus Berlin vor, die ihn und die drei andern an den Schiebungen beteiligten Personen festnahmen und in das Thorner Gerichtsgefängnis ablieferten. Die beiden Waggons mit Roggenmehl konnten beschlagnahmt werden.

Der Gütervorsteher Bönig fühlte sich so sicher, daß er einem der ihm unbekannten Beamten des Kriegswucheramts anbot, in etwa 14 Tagen einen Waggon gleich 200 Zentner Erbsen, im Oktober 2000 Zentner Kartoffeln und einige fette Schweine im Gewicht von je 3½ Zentner, zu beschaffen. Er gab an, einen ganz sichern Ort zu haben, wo die Schweine geschlachtet werden könnten, diese würden dann in drei oder vier große Kisten verpackt, als „Umzugsgut" deklariert, von verschiedenen Bahnhöfen verschickt werden, damit kein Mensch Verdacht schöpfen könne. Der Hilfsweichensteller Stiemert bot aus eignem Antrieb größere Posten Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und 200 Zentner Erbsen zu Wucherpreisen an. In die Angelegenheit scheinen noch mehrere Berliner Personen verwickelt zu sein, was die weitere Untersuchung ergeben dürfte.

Bei einer andern großen Mehlschiebung, wobei der Versuch unternommen wurde, einen Waggon Mehl als Gips deklariert zu Wucherpreisen nach Hamburg zu verschieben, wurden der Kaufmann Alfred Hilgner, Karlshorst, der Reisende Martin Grünstein, der sich als ungarischer Fahnenflüchtiger ohne Wohnung in Berlin aufhielt, der Fuhrherr Adam Messinger, Berlin, der Kaufmann Karl Kurtze, Baumschulenweg, und die Fuhrwerksbesitzerin Wilhelmine Maaß, Berlin, betroffen. Den Wucherern konnten 44 852 Mark bares Geld ein Scheck über 5275 Mark abgenommen werden. Das Mehl wurde beschlagnahmt und vom Kriegswucheramt der Reichsgetreidestelle zur Verfügung gestellt. Grünstein, Messinger und Kurtze wurden durch das Kriegswucheramt in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. —

* * *

Notizen.

Fliegerleutnant Voß gefallen. Nach seinem 49. Luftsieg ist der Fliegerleutnant Voß am Sonntag abend im Kampfe mit drei englischen Sopwich-Eindeckern an der Westfront abgestürzt. Er ist nach Rittmeister v. Richthofen der erfolgreichste deutsche Kampfflieger gewesen. —

*

Versammlungsrecht und Belagerungszustand. In einer kleinen Anfrage hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Jäckel darauf hingewiesen, daß im Bereich des 6. Armeekorps (Schlesien) sämtliche Gewerkschaftsversammlungen, auch solche, in denen zu bestimmten Arbeits- und Lohnfragen Stellung genommen werden sollte, einfach verboten worden sind. Darauf ist jetzt folgende Antwort der Regierung, gez. Dr. Helfferich, eingelaufen: Nach Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos des 6. Armeekorps sind seit Anfang August (!) Mitgliederversammlungen, in denen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erörtert werden, sowie nichtöffentliche Versammlungen wieder zugelassen. —

*

Alle Ausfuhr verboten. „Nationaltidende" teilt mit: Die deutsche Regierung stellt auf Ersuchen der amerikanischen Regierung vorläufig alle Ausfuhr nach Skandinavien und Holland ein. Die Einstellung betrifft auch alle bis jetzt erteilten Ausfuhrbewilligungen und gilt sogar auch für Waren, die bereits in Schiffen verladen sind. Eine Ausnahme bilden jedoch Kohlen. Die Wiederaufnahme der Ausfuhr ist erst wieder zu erwarten, wenn zwischen den Alliierten eine Einigung über die Grundsätze der neuen Blockadepolitik erzielt worden ist. —

U-Deutschland im Kriegsdienst? Ein aus Schweden zurückgekehrter Holländer hat einem Berichterstatter des „Scheepvaart" in Vlissingen mitgeteilt, er habe von einem deutschen Seeoffizier vernommen, daß das Handelsboot „Deutschland" nach seiner letzten Rückkehr aus Amerika in den Kriegsdienst gestellt worden sei. Das genannte deutsche U-Boot müßte dieser Tage in einen deutschen Hafen von einer Kreuzfahrt in den australischen und südafrikanischen Gewässern zurückgekehrt sein, in denen es verschiedene Schiffe zum Sinken gebracht habe. —

*

Ausweisung österreichischer Juden aus Preußen. Auf eine kleine Anfrage der Abgg. Bauer, Davidsohn und Scheidemann (Soz.) erwidert die Regierung, daß die Annahme, es seien aus der Provinz Posen und den Regierungsbezirken Oppeln und Breslau die österreichischen Staatsangehörigen jüdischen Glaubens ausgewiesen worden — ungeachtet jahrzehntelanger Ansässigkeit und guter Führung —, nicht den Tatsachen entspreche. Ausweisungen seien nur erfolgt, wenn Ausländer, ohne Unterschied ihres Religionsbekenntnisses, sich durch strafbare Handlungen oder unlauteren Geschäftsbetrieb lästig gemacht hätten. Namentlich seien eine Anzahl Kohlenhändler wegen fortgesetzten Schleichhandels ausgewiesen worden. —

*

Die große Zeit. Einer Kriegerfrau, die im Gemeindewald von Waldkirch bei Freiburg i. B. Holz gesammelt hat, wurde ein Strafbefehl mit folgendem Texte zugestellt:

Frau Klara Gantner hat am 13. Juni 1917 aus dem Gemeindewald Waldkirch aus Abt. I 23 eine Traglast dürre Tannenäste im Werte von 10 Pfg. entwendet. Die Strafe lautet auf 1 Mark ev. 1 Tag gefängnis.

Der Mann der Bestraften steht seit drei Jahren im Felde; sie selbst hat vier kleine Kinder über Wasser zu halten. Aehnliche Strafzettel sollen in größerer Angahl ausgestellt worden sein. Die Bureaukratie versteht die Zeit der Holz- und Kohlennot wirklich großzügig für den Fiskus auszunutzen. —

*

Maßnahmen gegen die Kohlennot der Schweiz. Die Schweiz, die für ihre Kohlenversorgung ganz auf das Ausland angewiesen ist, kann natürlich nicht daran denken, ihren Bürgern für den Winter geheizte Zimmer zu garantieren. In der Schweizer Presse wird daher gefordert, daß durch eine Zusammenlegung der Hotels Kohlen gespart werden. Alle nicht mindestens zu zwei Dritteln besetzten Hotels sollen geschlossen und aus den Ueberschüssen der im Betrieb erhaltenen entschädigt werden. Kranke und Erholungsbedürftige sollen auf die alten Hotels hingewiesen werden, in denen noch die eingelnen Zimmer durch Kamine mit Holzfeuerung erwärmt werden können. Die Zentralheizungen der Hotels, die nicht voll besetzt sind, sollen hingegen nicht in Betrieb gesetzt werden dürfen. —

*

Wie England „demonstriert". „Petit Parisien" meldet aus Washington: In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten messe man der Zurückhaltung von vier Aktenmappen des neuen schwedischen Sondergesandten durch die kanadischen Behörden von Halifax große Bedeutung bei. Die Zurückhaltung sei auf Anweisung der englischen Behörden erfolgt. Die betreffenden Kuriermappen enthielten die ganzen Akten für die schwedische Gesandtschaft in Washington. Man glaube allgemein, daß in diesem Falle die kanadischen und englischen Behörden hauptsächlich eine Demonstration vornehmen wollten infolge der letzten Enthüllungen. Man habe jedoch um so größeres Vertrauen in eine freundschaftliche Beilegung der Affäre, als man vermute, daß die Kuriermappen Statistiken für den Lebensmittelkommissar Hoover enthalten zwecks Festsetzung der nach Schweden auszuführenden Lebensmittel. —

*

Die Kosaken fordern. Die B. T.-A. meldet: Die militärische Selbstverwaltung der Kosaken hat einen Beschluß angenommen, den Hetman Kaledin unverzüglich in seine sämtlichen Aemter wieder einzusetzen und der Regierung die dringende Notwendigkeit darzulegen, die Wahrheit zu veröffentlichen, um alle Gerüchte über die Aufstandsbewegung zu widerlegen. —

*

Amerika „kauft" Kamtschatka. „Berlingske Tidende" meldet aus Haparanda: Mit großer Bestimmtheit auftretende Gerüchte besagen, die Vereinigten Staaten hätten der russischen Regierung vorgeschlagen, Kamtschatka gegen Bezahlung einer sehr bedeutenden Summe zu übernehmen. —

* * *

Luftangriff auf England.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 25. September 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die von unsrer Artillerie kräftig durchgeführte Bekämpfung der gegnerischen Batterien erzwang zeitweilig ein beträchtliches Nachlassen des feindlichen Feuers an der flandrischen Schlachtfront. Einzelnen starken Feuerwellen folgten keine Angriffe der Engländer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne und in der Champagne vorübergehende Feuerstegierungen und Erkundungsgefechte, die uns Gefangene und Beute einbrachten.

Auf dem Ostufer der Maas spielten sich zwischen der Straße Vacherauville—Chaumont und Mancourt bei heftiger Artillerietätigkeit örtliche Infanteriekämpfe ab. Südlich von Beaumont entrissen unsre Truppen den Franzosen Gräben in 400 Meter Breite und hielten sie gegen mehrere Gegenstöße. Im Chaume-Walde kam es zu erbitterten Nahkämpfen, die die Lage nicht änderten. Bei Bezonvaux hatte ein Vorstoß in die feindlichen Linien vollen Erfolg. Im ganzen wurden den Franzosen über 350 Gefangene abgenommen.

Nachts brach ein Sturmtrupp bei Malancourt in die feindliche Stellung ein und kehrte mit einer Anzahl Gefangener zurück.

Gestern abend griffen unsre Flieger England an. Auf militärische Bauten und Speicher im Herzen von London, auf Dover, Southend, Chatham und Sheerness wurden Bomben abgeworfen. Brände bezeichneten die Wirkung. Alle Flugzeuge kehrten unversehrt zurück. Auch Dünkirchen wurde mit Bomben angegriffen.

Die Gegner verloren 13 Flugzeuge. Oberleutnant Schleih errang den 22. und 23., Leutnant Wüstnhof den 21. Luftsieg.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

und an der

mazedonischen Front

keine größern Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0003

Im Grenzdorf.

Zur Berner „Bund" erzählt Georg Luck über Herbsttage am Genfer See:

An einem Nachmittag, bei wunderbar klarem Himmel, fuhren wir mit dem Schiffe nach Saint Gingolph hinüber. Wir wollten einmal die Grenze sehen. St. Gingolph, das Zweiländerdorf, wird von der französisch-schweizerischen Grenze in zwei Hälften zerschnitten, wie ein Kuchen vom Messer der Köchin. Der Einschnitt ist hier sogar sehr deutlich zu sehen: es ist das tiefe Flußbett der Morge, eines Wildbachs, der vom Gramont herunterkommt und ein gutes Stück weit die Landesgrenze bildet.

Zu Dorfe St. Gingolph, das sich an einem steilen Abhang aufbaut, wird der Wildbach durch zwei gewölbte Steinbrücken überspannt: eine Eisenbahn- und eine Straßenbrücke. An der Straßenbrücke stehen hüben und drüben die Zollhäuser und Zöllner. Da steht auch der Landesgrenzstein.

Die meisten dieser Grenzdörfer, wo in gewöhnlichen Zeiten der offne und heimliche Handel blühen, zeichnen sich durch einen bemerkenswerten Reichtum an Wirtschaften aus. Einen solchen Ueberfluß an Pinten und Cafés aller Art wie in St. Gingolph aber habe ich doch noch nirgends gesehen. Der Landstraße entlang trägt sozusagen jedes zweite Haus irgendein Wirtsschild. Am dichtesten drängen sich diese gastlichen Häuser natürlich um die Grenzbrücke. Da ist auf der französischen Seite sogar ein „Café International".

Vor dem letzten Wirtshaus auf der Schweizerseite waren zwei oder drei Tische auf die Straße herausgestellt. Wir konnten da bei einem Glase leichten Landweins im Freien sitzen und in Muße den bescheidenen Grenzverkehr über die Brücke beobachten. Dieser Grenzverkehr beschränkt sich fast ausschließlich auf die einheimische Bevölkerung, die hier, soweit sie den Zollwächtern persönlich bekannt ist, ungehindert passieren kann. Nach anfänglichen Schwierigkeiten dürfen nun auch Heu und Feldfrüchte aller Art herüber- und hinüberbefördert werden. Immerhin interessieren sich die Zollwächter etwas genauer um Wagenlasten dieser Art; sie scheinen auch ein Register über Ein- und Ausfuhr zu führen. Von Zeit zu Zeit kommt ein altes Weiblein mit einer Bürde duftenden Heues von der französischen Seite über die Brücke, während ein kräftiges Mädchen einen Tragkorb voll frischgegrabener Kartoffeln nach Frankreich hinüberträgt. Die rundgedrehten Tragbänder schneiden ihr tief in die vollen Schultern. Es scheint, daß die Frauen und Mädchen auch hier einen großen Teil der Feldarbeit verrichten müssen. Man erzählt uns, daß die Jungmannschaft der savoyischen Alpendörfer Frankreichs, die vorwiegend bei den Alpenjägern dient, im Kriege besonders schwere Verluste erlitten hat. Aus einem einzigen Dorfe seien von 120 Eingerückten schon 80, also volle zwei Drittel, gefallen, aus Französisch-St.-Gingolph, das etwa 800 Einwohner zählt, etwa 30.

Der Grenzwachtdienst wird auf der schweizerischen Seite ausschließlich von den gewöhnlichen Grenzwächtern, auf der französischen Seite auch von Hilfsdienstpflichtigen besorgt, die die runde Tuchkappe der Alpenjäger und auf dem Aermel ein großes A (Auxiliaires) tragen. Wir sehen jenseits der Brücke fast ein Dutzend dieser untersetzten, sonngebräunten Burschen und Männer bei einem Sergeant der Grenzwache stehen. Einmal kommen vier dieser Leute auch zu uns herüber und setzen sich an einen Tisch, der auf der Schweizerseite schon halb auf der Brücke steht. Sie trinken jeder einen Becher Bier und bezahlen mit einer französischen 1-Frank-Note. Auf unsre Frage erklärt man uns, daß man im kleinen Grenzverkehr französisches und Schweizergeld zum gleichen Kurse nimmt. Das kleine Glas Bier kostet also auch für die Franzosen nur 25 Rp. (20 Pfg.). Auch die übrigen Lebensmittelpreise seien hüben- und jenseits der Brücke ungefähr dieselben, mit Ausnahme des Brotes, das auf französischem Boden auch jetzt noch nur 50 Rp. (40 Pfg.) der Zweipfünder kostet, auf der Schweizerseite dagegen 75 Rp. (60 Pfg.). „Und dabei war das französische Brot bis vor 2 Wochen noch so weiß wie Ihr Hemdtragen," sagte uns der schweizerische Grenzwächter. Jetzt freilich sei das Brot auch in Frankreich etwas schwarzer geworden. Butter und Fett seien auch in der französischen Grenzzone spärlich und sehr teuer, 6 Frank (4,80 Mark) und mehr das Kilo.

Die gegenseitigen Beziehungen der Grenzbevölkerung seien im ganzen recht gut. Man sei eben in vielem aufeinander angewiesen. So hat ja St. Gingolph nur eine Pfarrkirche, die auf französischem Gebiet steht und auch von den Schweizern besucht wird. Um diese Kirche hatte sich vor Jahren ein Streit entspannen, der noch jetzt nicht geschlichtet ist. Man darf auch in St. Gingolph unbedenklich Deutsch reden, wenigstens auf der Schweizerseite. Jenseits der Brücke mag das wohl weniger ratsam sein. Letzthin, so erzählt man uns, kam ein schweizerischer Geschäftsreisender mit einem Paß auf den Namen Käser nach Französisch-St.-Gingolph. Dieser Name erschien dem französischen Grenzwächter in hohem Grade verdächtig. „Käser? Quel drole de nom! Probablement, ça veut dire Kaiser! Oh non vous ne passerez pas." (Käser? Schnurriger Name. Wahrscheinlich wird's Kaiser heißen. Nee, nee, Sie kommen nicht rüber.) Und der Mann mit dem Musterkoffer mußte wieder über die Brücke zurück.

In frühern Jahren kamen, wie uns der Schweizer Grenzmann erzählte, noch ziemlich viel französische Familien nach Schweizerisch-St.-Gingolph und Bouveret in die Sommerfrische. Jetzt habe das fast ganz aufgehört, und zwar hauptsächlich wegen des für die Franzosen ungünstigen Geldwechselkurses. Dagegen sei der Touristenverkehr in St. Gingolph jetzt lebhafter als je zuvor. Namentlich an schönen Sonntagen kommen die schweizerischen Ausflügler von Montreux und weiter her nach dem interessanten Grenzdorf. Die alte Brücke sei dann oft ganz belagert von Leuten, die in Kriegszeiten einmal die Landesgrenze sehen und bei einem Glase Wein eine halbe Stunde am Grenzstein verbringen wollen. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Hausschlachtungen.

Auf Grund der Verordnung über die Reglung des Fleischverbrauchs vom 2. Mai 1917 (R.-G.-Bl. S. 387) und der Ausführungsanweisung vom 4. Juli 1917 wird für den Stadtkreis Halle folgendes bestimmt:

§ 1.

Zur Hausschlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen ist die Genehmigung des Magistrats erforderlich.

Voraussetzung der Genehmigung zur Hausschlachtung von Rindern, Schafen und Schweinen nach dem 30. September 1917 ist, daß der Selbstversorger das Tier **mindestens 3 Monate in seiner Wirtschaft** gehalten hat. Zum Beweis dafür, daß diese Voraussetzung erfüllt ist, ist es erforderlich, daß diejenigen, welche zum Zwecke der Selbstversorgung Rinder, Schweine oder Schafe schlachten wollen, mindestens 3 Monate vor Einreichung des Antrags auf Genehmigung der Schlachtung dem Stadternährungsamt, Abteilung 4, das Halten des Tieres im eignen Haushalt anzeigen.

Der **Erwerb von Schweinen mit** einem Lebendgewicht von **mehr als 60 Kilogramm** zum Zwecke der Selbstversorgung ist **verboten**.

§ 2.

Bei Einholung der Genehmigung zur Hausschlachtung ist das **ungefähre Lebendgewicht** des Schlachttiers und **die Zahl der Wirtschaftsangehörigen** des Haushalts, für den die Schlachtung erfolgt oder der zu beköstigenden Personen sowie der **Zeitpunkt, bis zu dem** der Selbstversorger aus frühern Hausschlachtungen **noch mit Fleisch versorgt** ist, anzugeben. Gleichzeitig ist in dem Antrag anzugeben, in welcher Zeit der Selbstversorger die Vorräte verwenden will und ob und wieviel Fleischkarten er noch weiter zum Bezug von Frischfleisch wöchentlich belassen haben **möchte**.

§ 3.

Bei der **Anrechnung** des aus Hausschlachtungen gewonnenen Fleisches wird eine **Wochenmenge** zugrunde gelegt, die **um zwei Drittel höher ist, als die** in der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 21. August 1916 festgesetzte **Wochenmenge von 250 Gramm**; bei dem **ersten Schweine**, das innerhalb des vom 1. Oktober ab laufenden Jahres geschlachtet wird, ist die nach der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 21. August 1916 festgesetzte **Wochenmenge von 250 Gramm zu verdoppeln**.

Fleisch zur Selbstversorgung darf aus Hausschlachtungen, die **zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember** erfolgen, **höchstens** für die **Dauer eines Jahres**, aus Hausschlachtungen in **der übrigen Zeit** höchstens **für die Zeit** bis zum **Schlusse des Kalenderjahrs belassen** werden.

Die **Genehmigung** wird **nicht erteilt**, wenn infolge der Hausschlachtung der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm hiernach zustehende **Fleischmenge übersteigen** würde oder ein Verderb der Vorräte zu befürchten ist. Die Genehmigung kann jedoch erteilt werden, wenn der Selbstversorger sich verpflichtet, die überschießende Menge entweder gegen Entgelt an den Magistrat oder an die von diesem bestimmte Stelle oder mit Genehmigung des Magistrats an dritte Personen gegen Beibringung der auf die überschießende Menge entfallenden vollen Fleischmarken abzugeben.

Fleisch und Fleischwaren, die **aus Hausschlachtungen** gewonnen und dem Selbstversorger zur Selbstversorgung überlassen sind, dürfen **gegen Entgelt nur** an den **Magistrat** oder mit **dessen Genehmigung** abgegeben werden. Das Fleisch aus **unerlaubten Hausschlachtungen zieht** der **Magistrat ohne Entgelt ein.**

§ 4.

Die Schlachtung darf nur erfolgen, wenn dem Schlachtenden vor der Schlachtung die schriftliche Genehmigung des Magistrats vorgelegt worden ist.

Gesuche zu gestatten, daß **Hausschlachtungen außerhalb des Stadtkreises vorgenommen** werden, haben keine Aussicht auf Erfolg und sind daher **zwecklos**.

§ 5.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Insoweit in der Verordnung vom 20. September 1916 entgegenstehende Bestimmungen enthalten sind, treten sie mit diesem Tag außer Kraft.

Halle, den 24. September 1917.

Der Magistrat.

Ich habe heute zwei Bekanntmachungen „Nr. Q. 1/8. 17. K.R.A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen" und „Nr. Q. 2/8. 17. K. R. A. betreffend Höchstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse" erlassen.

Die Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 25. September 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. 187

Alte, abgespielte, auch zerbrochene 178
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf.
Gustav Uhlig
Uhren und Musikwerke,
untere Leipziger Straße.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 27. September 1917
Anfang 7½ Uhr Ende 11 Uhr
Tannhäuser.
von Richard Wagner.
Freitag: **La Serva Padrona.**
Hierauf: **Der zerbrochene Krug.**

Ab Freitag den 28. September!
Alte Promenade 17 — U.T — Leipziger Straße 66
Fernruf 5738 — Fernruf 1224
Waldemar Psilander in **Gefesselter Sieger**
Viggo Larsen in dem Lustspiel **Verheiratete Junggesellen**

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 — HALLE — Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit — Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer 10 Pf.
In Freien Stunden — Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von 15 Pf.
Der Wahre Jacob — illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, einzelne Nummer 10 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung — Einzelnummer 10 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek — herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca. 50 verschiedene Bändchen à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg — bearbeitet von Eduard Bernstein.
Reichhaltige Roman-Bibliothek — der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung Frauenzeitung Praktische Damenmode Hausschneiderei Sonntagszeitung Deutsche Modenzeitung.

Preiswerte Damen-Konfektion.
Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. :: Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. :: Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. :: Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 95 Mk. :: Covercoat-Paletots 39.75 bis 68 Mk. :: Röcke aus gemusterten Stoffen, Samt, Tafft, leicht. Sommerstoffen 7.85 b. 42 Mk. 241
Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 67.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 101. Halle, Mittwoch den 26. September 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. September 1917.

Die toten Kameraden.

Ich kannte euch, wie man den Fremden kennt,
Der auf der Straße uns vorübergeht,
Und wußte nichts von eures Herzens Sein
Als wenige Worte, die der Wind verweht.

Und war doch um euch lange Monde schon,
Und teilte Monde mit euch Trank und Brot,
Und scherzte, lachte, spielte, sang mit euch,
Und schritt mit euch durch Sturm, Gefahr und Not.

Nun liegt ihr bleich in eurem roten Blut,
Gefällt im Schlaf von rauher Todeshand,
Und euer Leib zerstob durch Nacht und Wind
In tausend Fetzen übers fremde Land.

Nun kann ich tief in eure Seele sehn,
Nun fühl ich eures Herzens stillsten Schlag,
Und unverhüllt steht vor mir euer Bild
Und strahlt voll Glanz ob eurem Todestag.

Uns trennte eine Welt. Uns hat vereint
Der Tod, der euch ereilt auf schnellem Fuß.
So nehmt, die ihr als Helden trugt und starbt,
Ins frische Grab des Freundes letzten Gruß.

Karl Jünger (im Felde).

Der Eisenbahnverkehr zur Kriegszeit.

Wie von maßgebender Stelle der Eisenbahnverwaltung mitgeteilt wird, wird sich der Verkehr in diesem Winter, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, nicht ungünstig gestalten. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß eine weitere Einschränkung des Personenverkehrs eintreten muß. Auf das Wirtschaftsleben wird bei allen Maßnahmen Rücksicht genommen werden. Was die Heizung der Züge im Winter anbetrifft, so ist es selbstverständlich, daß bei der herrschenden Kohlenknappheit gewisse Beschränkungen vorgenommen werden müssen. Es muß mit Kohlen, wo es nur geht, gespart werden und die Beheizung der Züge muß daher auf das äußerste eingeschränkt werden. Es besteht der Grundsatz, die Ferngüge zu heizen und die Nahzüge, zu denen Stadt- und Vorortzüge gehören, ungeheizt fahren zu lassen. Wenn im Vorjahr Beschwerden darüber geführt wurden, daß Ferngüge, insbesondere Urlauber- und Militärzüge, oft nicht geheizt waren, so war das darauf zurückzuführen, daß bei der außergewöhnlichen andauernden Kälte die sehr langen Züge nicht immer ausreichend erwärmt und die beschädigten Heizschläuche nur schwer ausgebessert werden konnten.

Die Beförderung von Kohlen mit der Eisenbahn ist bisher nicht eingeschränkt worden. Vom Ruhrgebiet werden täglich etwa 23 000 Wagen mit Kohlen verladen, von Oberschlesien etwa 10 000. Es werden auch weiterhin so viel Wagen wie nur irgend möglich für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Für die Lausitz sollen jetzt auch noch mehr Wagen als bisher bereitgehalten werden. Da in Kürze die Rüben- und Kartoffelernte in vollem Umfang beginnt, so wird der Wagenpark auch stark durch den Transport der Rüben und Kartoffeln in Anspruch genommen werden. Es wird alles getan werden, um genügend Wagen für den Kohlentransport in Bereitschaft zu halten. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Lebensmitteltransporte sowie die militärischen Zwecke eine große Anzahl von Wagen benötigen. Der Wagenpark ist mehr denn je in Anspruch genommen. Es ist daher kein Wunder, wenn sich hier und da Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten bemerkbar machen.

Die zahlreichen Verspätungen im Fernverkehr haben hauptsächlich ihre Gründe in folgendem: Der Eisenbahn steht jetzt nur eine beschränkte Anzahl von Lokomotiven zur Verfügung. Infolgedessen werden die Lokomotiven stark abgenutzt, und eine weitere Folge ist, daß der Reparaturstand der Lokomotiven außerordentlich hoch ist. Es müssen oft Lokomotivenwechsel vorgenommen werden, und dadurch entstehen selbstverständlich Verspätungen. Oft müssen bei diesem Wechsel auch schwächere Ersatzlokomotiven verwendet werden, so daß dadurch eine Verminderung der Fahrgeschwindigkeit eintritt. Einen Teil der Schuld an den Verspätungen der Personen- und Schnellzüge tragen auch die gewaltigen Gepäckmassen, die jetzt zu befördern sind. Die Gepäckbeförderung hat geradezu erstaunlich zugenommen. Auf den Bahnhöfen sieht man jetzt wahre Berge von Gepäckstücken liegen. Da die Eisenbahnverwaltung auch unter Personalmangel leidet, so geht mit der Beförderung des Gepäcks oft viel kostbare Zeit verloren, die dann nicht mehr eingeholt werden kann. Das weibliche Personal, das sich im allgemeinen gut bewährt, kann unmöglich so schnell mit den großen und schweren Gepäckstücken fertig werden, wie es die männlichen Arbeitskräfte konnten. Das reisende Publikum muß auch diese Unbequemlichkeit im Reiseverkehr ruhig hinnehmen. Es wird alles getan, was nur denkbar ist; wenn dann doch zum Teil recht große Verspätungen eintreten, so tragen allein die zurzeit bestehenden Verhältnisse daran die Schuld. —

---

* **Die Kleinhandelshöchstpreise für Gemüse** betragen gegenwärtig bei Weißkohl 12 Pfg., Rotkohl 17 Pfg., Wirsingkohl 17 Pfg., rote Speisemöhren, rote und längliche Karotten 15 Pfg., gelbe Möhren 12 Pfg., weiße Möhren 6 Pfg., Karotten (kleine runde) 25 Pfg., Grünkohl 17 Pfg., Zwiebeln 23 Pfg., Kohlrabi 23 Pfg., Spinat 35 Pfg., Bohnen 43 Pfg., Senfgurken 23 Pfg., Mairüben ohne Kraut 10 Pfg., Tomaten 50 Pfg., Kürbisse 20 Pfg., Sellerie 34 Pfg., Meerrettich 50 Pfg., rote Rüben 20 Pfg., Schwarzwurzel 72 Pfg., Steinpilze, Pfifferlinge und Champignons 103 Pfennig. —

* **Der Kleinhandelspreis für Kartoffeln** wird vom 8. Oktober an auf 9 Pfg. für das Pfund herabgesetzt. Bis zu diesem Tage bleibt der jetzige Kleinhandelspreis von 10 Pfg. pro Pfund bestehen.

* **In dieser Woche kein Honigverkauf.** Der angezeigte Verkauf von Honig findet nicht in dieser Woche, sondern in der Woche vom 1. bis 7. Oktober statt. In der laufenden Woche wird auf den Kopf des Haushalts nur ¼ Pfund Graupen und ein Suppenwürfel abgegeben. —

* **Keks und Zwieback** wird von Donnerstag an wieder an Kinder bis zu 12 Jahren in den bekannten Geschäften verkauft. Zum Einkauf berechtigen die besonders ausgegebenen grünen Warenbezugskarten. Auf den Abschnitt C dieser Karten darf ein Paket Zwieback oder ¼ Pfund Keks bezogen werden; ½-Pfund-Pakete sind nur auf zwei Marken zu haben. Die Preise stehen auf den Paketen. —

* **Eine Bestandsaufnahme für Bett-, Haus- und Tischwäsche** findet am 1. Oktober in den Wäscheverleihgeschäften und den Betrieben statt, die auf die Beherbergung oder Beförderung von Personen oder den Verkauf von Lebens- und Genußmitteln zum Verzehren an Ort und Stelle gerichtet sind. Zu solchen Betrieben gehören: Hotels, Speisewirtschaften, Pensionen, Logierhäuser, private Krankenhäuser, Schiffahrts-, Schlaf- und Speisewagenbetriebe. Die Besitzer derartiger Betriebe sind verpflichtet, die am 1. Oktober in ihrem Besitz befindlichen Gegenstände der Reichsbekleidungsstelle anzumelden. Die Meldepflicht erstreckt sich nicht nur auf solche zur Beherbergung oder Beförderung von Personen eingerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als fünf Betten zum Gebrauch für Gäste zur Verfügung stehen, und auf solche für den Verkauf von Lebensmitteln eingerichtete Betriebe, in denen nicht mehr als drei zur Familie des Unternehmers nicht gehörende Personen dauernd beschäftigt werden. —

* **Geistige Schwerarbeiter.** Die Bestrebungen der geistigen Arbeiter nach Gewährung von Schwerarbeiterzulagen scheinen jetzt endlich Aussicht auf Erfolg zu haben. Das sächsische Ministerium des Innern veranstaltet nämlich, wie die „Leipziger Abendzeitung" hört, Umfragen bei den Kommunalverbänden, wie sie sich zu einer Berücksichtigung der geistigen Schwerarbeiter stellen würden. Wie es heißt, will man 60 Stunden Arbeitszeit in der Woche als grundlegende Bedingung für den Begriff des geistigen Schwerarbeiters stellen. Man kann nur dringend wünschen, daß die Kommunalverbände und hoffentlich auch die übrigen Bundesstaaten die geistigen Schwerarbeiter endlich berücksichtigen; es bedarf keines Beweises mehr, daß gerade sie mit am meisten zu leiden haben. —

* **Erweiterung des Absatzverbots für Obstkonserven.** Infolge der neuen Fassung der Verordnung über die Verarbeitung von Obst erstreckt sich das Absatzverbot für Obstkonserven nicht nur auf solche Hersteller, deren Erzeugung im Jahre mehr als 100 Doppelzentner beträgt, sondern auf sämtliche gewerbsmäßige Hersteller von Obstkonserven sowie auf solche nichtgewerbsmäßige Hersteller, die im Jahre mehr als 20 Doppelzentner herstellen. Als Obstkonserven gelten Kompotfrüchte, Dunstobst, Obstmus, Obstmark, Beerenfrüchte, kandierte Früchte, Gelees, Fruchtsäfte, Fruchtsirupe, Obstkraut, Dörrobst und Marmeladen, die aus Obst oder unter Zusatz von Obst oder Fruchtsäften hergestellt sind. Alle diese Hersteller unterstehen daher sämtlich der Aufsicht der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, Berlin SW 68, Kochstraße 6. Sie werden aufgefordert, ihren Betrieb und ihre vorhandenen Vorräte bei der genannten Gesellschaft umgehend anzumelden. —

* **Veränderungen auf dem Nordfriedhof.** Die Abteilung des Nordfriedhofs, wo 1891 bis 1896 Kinder beerdigt worden sind, wird zur Herrichtung von Rabattengrabstellen benötigt. Doch können die dort befindlichen Reihengräber in dem Fall erhalten werden, wenn die Beteiligten die Stellen zum Preise von 75 Mark erwerben, mit der Berechtigung, innerhalb 10 Jahren eine weitere Beisetzung vorzunehmen. Andernfalls ließen sich aber auch die Ueberreste in andere Reihengräber überführen. Wer einen entsprechenden Antrag stellen will, mag das bis 1. November entweder beim Bureau der Friedhofsverwaltung (Großer Berlin 11) oder der Kassenstelle des Nordfriedhofs tun. —

* **Schuhwerk für Landarbeiter.** Das Kriegswirtschaftsamt für die Provinz Sachsen wird vielleicht in die Lage versetzt, für die Landarbeiter, in erster Linie für die polnischen Saisonarbeiter, Stiefel und Schuhe zu beschaffen, deren Preis sich voraussichtlich zwischen 15 und 20 Mark stellen wird. Die Landwirte des hiesigen Stadtkreises werden daher aufgefordert, ihren nötigen Bedarf binnen 5 Tagen der Kriegswirtschaftsstelle, Marktplatz 22, schriftlich anzumelden. —

* **Eine zweite Kreiskasse in Halle.** Der Finanzminister hat die Einrichtung einer zweiten königlichen Kreiskasse in Halle zum 1. Oktober d. J. angeordnet. Die Kasse wird die Bezeichnung „Königliche Kreiskasse II" erhalten und bis auf weiteres im Hause Friedrichstraße Nr. 51 untergebracht werden. Ihr werden vorläufig Zahlungen für Rechnung der Reichshauptkasse aus Anlaß des jetzigen Krieges sowie die Erhebung der Besitzsteuer und Kriegsabgabe in der Stadt Halle übertragen werden. Die jetzige Kreiskasse Halle wird von dem genannten Tage an als „Königliche Kreiskasse I" bezeichnet. —

— **Preisunterschiede.** Nach einer soeben ausgegebenen Meldung des Landesamts kostete im August 1917 im Kleinhandel je 1 Kilo Kartoffeln in Osnabrück 20 Pfg., in Essen 48 Pfg., Butter in Allenstein 440 Pfg., in Dortmund 640 Pfg., Weizenmehl in Brandenburg 42 Pfg., Trier 64 Pfg., Weißbrot (Semmeln) in Köln 43 Pfg., Hanau 100 Pfg., Zucker in Posen 60 Pfg., Tilsit 72 Pfg., ein Hühnerei in Memel 23 Pfg., in Koblenz 38 Pfg. Nachstehend sind die im August 1917 geltenden Kleinhandelspreise aus mehreren Städten der Provinzen Posen und Sachsen für je 1 Kilo in Pfennigen angegeben. Man kann daraus ersehen, daß die Preisunterschiede, sowohl in räumlich weit auseinander liegenden Orten, wie auch innerhalb derselben Provinz oft recht erheblich sind. Kartoffeln: Bromberg, Erfurt 23, Magdeburg 24, Posen, Halle 27. Butter: Erfurt, Halle, Magdeburg 532, Posen, Bromberg 540. Weizenmehl: Bromberg 42, Posen 43, Magdeburg 46, Halle 50. Erfurt 53. Weißbrot (Semmeln): Posen 52, Magdeburg 62, Erfurt 68, Bromberg 70. Ein Hühnerei: Posen, Bromberg 27, Halle 29, Erfurt, Magdeburg 31 Pfg. —

* **Großer Wasserrohrbruch.** Am Dienstag vormittag gegen ½7 Uhr erfolgte in der Schimmelstraße, unmittelbar vor dem Stadtbad, ein Bruch des im Jahre 1913 verlegten Hauptwasserdruckrohrs von 600 Millimeter Weite, infolgedessen der Hochbehälter am Roßplatz leer lief und erhebliche Wassermengen sich über die Schimmelstraße und die Große Steinstraße hinab ergossen. Einem erheblichen Teile der Stadt wurde dadurch vorübergehend das Wasser entzogen, so daß auch die Straßenbahn gezwungen war, ihren Betrieb für kurze Zeit einzustellen. Von der Wasserwerksverwaltung wurden sofort die erforderlichen ziemlich umfangreichen Absperrungen der Hauptleitung und der damit in Verbindung stehenden Nebenleitungen vorgenommen, so daß alsbald die Störung wenigstens insoweit beseitigt war, als die Wasserversorgung auch der obern Stadtteile nicht mehr behindert wurde. Gegen 10 Uhr war die ganze Stadt wieder mit Wasser versorgt. Infolge des guten Abflusses, den das ausströmende Wasser in den fast geneigten Straßen fand, sind mit Ausnahme der bedeutenden Ausspülung des Straßenkörpers an der Stelle des Rohrbruchs nennenswerte Beschädigungen nirgends eingetreten. —

* **Vermißt.** Am 4. September ist der Invalide Karl Feige, 1884 geboren, von Beyernaumburg nach Halle gereist, um hier seine Tochter, die Frau des Fleischermeisters Liebig (Breite Straße 3), zu besuchen, ist aber bisher nicht eingetroffen und auch nicht nach seinem Wohnort zurückgekehrt. Deshalb muß angenommen werden, daß Feige infolge seines hohen Alters sich nicht zurechtgefunden hat und umherirrt. Vielleicht hat er auch Aufnahme in einem Krankenhaus gefunden. Er ist 1,65 Meter groß, hat melertes Haar und Schnurrbart, blaue Augen, ovales, gesundes Gesicht, lückenhafte Zähne, schwächliche Gestalt und gebückte Haltung. Er trug graue Wintermütze, grauen Rockanzug, Filzschuhe, graue Strümpfe, Barchenthemd und weißleinenes Vorhemd. Nachrichten über seinen Verbleib nimmt Frau Liebig und die Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 73, entgegen. —

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(11. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Eine ganze Zeitlang saß der unglückliche Koch ganz apathisch da, wunderte sich über die Leichtigkeit, mit der er von Verbrechen zu Verbrechen geschritten war, und suchte sich auszurechnen, wieviel er für jedes einzelne erhalten würde. Ein Heimchen sang am Herd, und auf dem Fußboden piepte eine Maus. Ganz erschöpft von Müdigkeit und Sorge fiel er schließlich in Schlaf.

Er erwachte plötzlich und versuchte, aus seiner Koje herauszuspringen und auf einem Beine herumzuhopsen, als er dann seine Lage begriff, machte er verzweifelte Anstrengungen, sich zu erheben und das betroffene Bein zu strecken. Er hatte insofern Erfolg, als es ihm glückte, zu stehen und in der phantastischen Erscheinung einer menschlichen Schnecke langsam um die Küche herum zu watscheln. Zuerst dachte er nur an den Krampf, aber nachdem der durch diese Behandlung gewichen war, kam ihm der abenteuerliche Gedanke, zu fliehen. Noch immer gebückt unter dem Stuhle gehend, gelangte er zur Tür und nach zwei oder drei vergeblichen Versuchen hatte er den Riegel im Munde und öffnete sie. Innerhalb von fünf Minuten war er zur Gartenpforte gewatschelt, die zum Glück offen stand, und stand nun auf der Landstraße.

Die Anstrengung war so groß, daß er sich wieder auf seinen transportabeln Sitz niederließ und seine Aussichten überrechnete. Die Furcht lieh ihm Flügel, wenn auch nur von mäßiger Größe; sobald er annehmen konnte, daß er außer Hörweite sei, schlug er kräftig mit seinem Stuhle hinten aus gegen einen Baum. Er verlor auf diese Weise ein gesprungenes Hinterbein und mußte, als er sich das nächste Mal niedersetzte, Balancierkunststücke vollführen, die Blondins selbst nicht unwürdig gewesen wären.

Bis der Tag anbrach, quälte sich dieser verfolgte Mann weiter mit seinem Stuhle, und als die Sonne aufging, fand sie ihn in der Mitte des Weges sitzend, wie er mit schwacher Stimme Kapitän Häfeler und alles, was mit ihm zusammenhing, in Acht und Bann tat. Er erschrak, als er rasch sich nähernde Schritte hörte, und da er außerstande war, seinen Kopf zu wenden, stellte er sich mit Mühe auf die Füße und drehte sich dann mit seinem ganzen Körper herum.

Der Ankömmling blieb mit einem Rucke stehen und zog sich, ganz erstaunt auf diese seltsame Zusammensetzung von Mensch und Stuhl starrend, vorsichtig einige Schritte zurück. Aus einiger Entfernung hatte er den Koch für einen Naturfreund gehalten, der sich mit Muße seinen Betrachtungen hingäbe, jetzt wagte er aber nicht zu entscheiden, ob es eine Abnormität oder eine Erscheinung sei.

„Morgen, Maat," sagte der Koch mit milder Stimme.

„Morgen," entgegnete der Mann, sich etwas weiter zurückziehend.

„Ich glaub," sagte der Koch, mit einem Versuch, vergnügt zu lächeln, „Sie sind erstaunt mich so zu sehn?"

„Ich hab noch nie so was gesehn," gab der Mann vorsichtig zu.

„Das glaub ich gern," sagte der Koch. „Ich bin der einzigste in Deutschland, der das fertigbringt."

Der Mann meinte, er wolle das wohl glauben.

„Es handelt sich um eine Wette," fuhr der Koch fort.

„Oh—h," sagte der Mann, dessen Gesicht sich erhellte, „'ne Wette. Ich dacht, Sie wär'n verrückt. Um wieviel geht es?"

„Tausend Mark," entgegnete der Koch. „Ich bin so den ganzen Weg von Bremen hergekommen."

„Donner noch mal!" rief der Mann. „Soll mich wundern, wo Sie das nächste Mal aufkommen! Haben Sie noch weit zu gehen?"

„Braunbergen," sagte der Koch, einen Ort nennend, dessen Namen er auf seiner Wanderschaft gehört hatte. „Wenigstens wollt ich das, aber ich merk, daß es zuviel für mir is. Würden Sie mich wohl den Gefallen tun, und diesen Strick durchschneiden?"

„Nee, nee," meinte der andre vorwurfsvoll, „geben Sie's doch nicht auf. Es sind ja man bloß noch drei Meilen."

„Ich muß es aufgeben," sagte der Koch mit einem traurigen Lächeln.

„Lassen Sie sich nich unterkriegen," rief ihm der Mann herzlich zu. „Fassen Sie man frischen Mut, und Sie werden dann bald froh genug sein, wenn Sie daran denken tun, wie Sie dicht davor waren, zu verlieren."

„Schneiden Sie mich los," sagte der Koch vor Ungeduld zitternd. „Ich hab jetzt achthundert Mark verdient, weil ich bis hier gekommen bin. Wenn Sie mich losschneiden, will ich Sie zweihundert davon schicken."

Der Mann zögerte einen Augenblick, während in ihm die angeborne Liebe zum Sport mit seiner Habsucht kämpfte.

„Ich habe Weib und Kind," sagte er schließlich, und sein Messer herausholend, hielt er den Koch mit der einen Hand, während er mit der andern seine Fesseln zerschnitt.

„Gott sogne Sie, Maat!" sagte der Koch und versuchte, seinen krummen Rücken gerade zu strecken, als der Stuhl zu Boden fiel.

„Mein Name is Fritz Schnoor," bemerkte sein Wohltäter. „Fritz Schnoor, Remsdorf, genügt."

„Ich werde Sie zweihundertfünfzig Mark schicken," sagte der dankbare Koch, „und den Stuhl können Sie auch kriegen." Er schüttelte ihm die Hand und setzte von der Last befreit, seine Heimreise fort, während sein unschuldiger Komplice den Stuhl auf die Schultern nahm und nach Hause zurückkehrte, um da von dem rechtmäßigen Eigentümer einige derbe Wahrheiten in bezug auf seine geistigen Fähigkeiten anzuhören.. —

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0005

Nietleben. Jugendliche Ausreißer. Von anderer Seite wird berichtet: Zwei 13jährige Knaben von hier verließen am Freitag die elterlichen Wohnungen, um sich die Welt zu besehen. Sie hatten sich sonntagsmäßig angezogen und führten im Reisekoffer je einen Alltagsanzug, außerdem Lebensmittel und 300 Mark mit. Das Geld hatte der eine Knabe seiner Mutter gestohlen. Die „hoffnungsvollen" Söhne kamen aber nur bis Weißenfels, woselbst sie durch ihre Ausgaben auffielen und in Schutzhaft genommen wurden. Sie wurden dort von den nachgereisten Müttern in Empfang genommen und zur Rückreise gezwungen. Beim Lösen der Fahrkarten auf dem Hettstedter Bahnhof in Halle entwischten sie leider nochmals und dürften sich nun in der Umgebung von Halle umherreiben. Vom dem mitgenommenen Gelde hatten sie schon 50 Mark verausgabt. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Obst: Donnerstag vormittag 8 bis 12 Uhr Nr. 24501—33500, nachmittag 2 bis 6 Uhr 33501—42000 des Lebensmittelscheins. Jede Person 2 Pfund.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch wird Lortzings komische Oper „Zar und Zimmermann" gegeben. Morgen Donnerstag geht Richard Wagners „Tannhäuser" mit Karl Sträß in der Titelpartie und Fritz Kerzmann als Wolfram in Szene. Am Freitag wird die komische Oper „La Serva Padrona" wiederholt, hierauf das Lustspiel „Der zerbrochene Krug", in dem Leopold Sachse wieder den Dorfrichter Adam spielt. Wegen technischer Schwierigkeiten macht sich für Sonnabend eine Spielplan-Aenderung notwendig. Die Oper „Der fliegende Holländer" muß auf einen späteren Termin verschoben werden, dafür kommt „Das Dreimäderlhaus" zur Aufführung. Sonntag nachmittag geht als Volksvorstellung bei kleinen Einheitspreisen Goethes Schauspiel „Iphigenie auf Tauris" in Szene, Sonntag abend in neuer Einstudierung „Figaros Hochzeit". —

Aus der Provinz.

Eisleben. Felddiebstähle. Kürzlich wurden einem hiesigen Oekonomen von seinem im Oberfeld belegenen Ackerplan 15 Zentner Kartoffeln gestohlen. Während einer der letzten Nächte nun wurden die Diebe, und zwar die Bergarbeiter Z. aus Neuhelfta und D. von hier, auf demselben Kartoffelfeld beim Entwenden von Kartoffeln ertappt. —

Hettstedt. Verschärfte Strafbestimmungen für Bergarbeiter. Auf dem Messingwerk der Mansfelder Gewerkschaft ist vor einiger Zeit eine sehr wichtige Bestimmung der Arbeitsordnung zum Schaden der Arbeiter geändert worden. Die Strafbestimmungen darin besagten bisher, daß ein Arbeiter bis zur Höhe eines Schichtlohns bestraft werden kann, die 2.30 bis 3 Mark betragen. Jedoch kommt es sehr selten vor, daß im unterirdischen Betrieb die Arbeiter Schichtlohnarbeiten verrichten, vielmehr arbeiten sie meistenteils im Gedinge (Akkord). Jetzt ist nun an Stelle von Schichtlohn „verdienter Lohn" gesetzt worden, und den Beamten ist es überlassen, mit 1/10, 1/4, 1/2 oder einem ganzen Schichtverdienst zu bestrafen. Bezeichnenderweise hat das aber nur mit Zustimmung des Arbeiter-Ausschusses geschehen können. Dabei ist aber die Bestimmung der Arbeitsordnung übersehen worden, daß die Strafe 5 Mark nicht übersteigen darf. Und deshalb mußte die Direktion nachträglich noch eine Korrektur vornehmen. Ein Arbeiter, der mit Abzug des Verdienstes einer Schicht bestraft wurde, hatte Beschwerde eingelegt und auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht. Daraus hat der Direktor einen neuen Aushang unterzeichnet und zur Kenntnis gebracht, daß der betreffende Arbeiter nur mit 5 Mark bestraft worden ist. —

Merseburg. Die Kohlenmarken werden in den nächsten Tagen ausgegeben. Es gibt gelbe (über 30 Zentner, der Wochenabschnitt gültig auf 1 Zentner); graue (über 45 Zentner, der Wochenabschnitt gültig auf 1½ Zentner); rote (über 60 Zentner, der Wochenabschnitt gültig auf 2 Zentner); blaue (über 75 Zentner, der Wochenabschnitt gültig auf 2½ Zentner). Ferner werden weiße Karten mit einer handschriftlich ausgefüllten Zahl ausgegeben, bei der jeder der 27 gültigen Wochenabschnitte zum Bezug von 1 Zentner berechtigt. Ort und Zeit der Ausgabe werden noch bekanntgegeben. Für diejenigen, die jetzt unbedingt Kohlen benötigen, werden Kohlenkarten ausnahmsweise schon jetzt in der städtischen Kohlenstelle (Rathaus 2 Treppen, Zimmer 23) ausgegeben. Es wird aber ersucht, davon nur in Fällen wirklicher Not Gebrauch zu machen, da eine Ausgabe in größerem Umfange nicht durchführbar ist. —

— Die Protestkundgebung des Magistrats ist auch zur Kenntnis des Kaisers gebracht worden, worauf dieser jetzt folgende Antwort gegeben hat: „Herzlichen Dank für Kundgebung und Treugelöbnis. Das deutsche Volk hat jetzt nur einen Wunsch, das Vaterland von seinen Feinden zu befreien, die aus Neid und Gewinnsucht den ruchlosen Krieg entfesselt haben. Es weist die auf Schwächung seiner beispiellosen Widerstandskraft abzielenden Verlockungen zum Treubruch an Kaiser und Reich mit Entrüstung zurück und ist des Sieges seiner gerechten Sache gewiß. Wilhelm I. R."

— Ermittelt. Der am Freitag auf dem hiesigen Bahnhof unbekannt verstorbene Mann ist als der Kutscher Gottlieb Vogel aus Naumburg festgestellt worden. Als Todesursache wird Herzschlag angenommen. —

— Der Obstverkauf an den Verkaufsständen auf dem Marktplatz wird fortgesetzt. Vorzulegen ist das Lebensmittelheft. Die Preise und die Menge des an die einzelnen Haushaltungen abzugebenden Obstes wird durch Aushang an den Verkaufsständen kenntlich gemacht. Eine Reihenfolge der Nummern ist nicht mehr zu beachten. —

Naumburg. Die Kartoffelbezugscheine werden von Mittwoch an in der Kartenhauptstelle Luisenschule gegen Rückgabe der Kontrollnummern ausgegeben. Am Mittwoch waren die Nummern 1 bis 1400 daran. Von Donnerstag an geschieht die Ausgabe in nachstehender Reihenfolge:

Donnerstag	vormittag	8—1/2 10	Nummer	1401—1700
„	„	1/2 10— 11	„	1701—2000
„	„	11— 1/2 1	„	2001—2300
„	nachmittag	3— 5	„	2301—2800
Freitag	vormittag	8—1/2 10	„	2801—3100
„	„	1/2 10— 11	„	3101—3400
„	„	11— 1/2 1	„	3401—3800
„	nachmittag	3— 5	„	3801—4300
Sonnabend	vormittag	8—1/2 10	„	4301—4600
„	„	1/2 10— 11	„	4601—4900
„	„	11— 1/2 1	„	4901—5200
Montag		8— 1/2 1	alle übrigen Nummern.	

Die Zeit und Reihenfolge werden streng innegehalten, später kommende Haushaltungen werden erst am Schlusse der Ausgabe abgefertigt. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Bezugsscheine zum Ankauf von Kartoffeln berechtigen: a) bei Landwirten des Stadtkreises, b) bei Händlern des Stadtkreises, c) bei Landwirten des Landkreises Naumburg, d) bei Landwirten und Händlern des Landkreises Weißenfels. In den Fällen zu c muß der Bezugsschein dem Landratsamt zum Umtausch vorgelegt werden, in den Fällen zu d der Kreiskartoffelstelle des Landkreises Weißenfels in Weißenfels zur Genehmigung. Die Käufe sind bis zum 15. Oktober vorzunehmen, jedoch wird in Ausnahmefällen die Frist zur Versorgung bis zum 28. Oktober verlängert.

Schkeuditz. Noch nicht ermittelt. Die Mörder des Schutzmanns Arndt sind noch nicht ermittelt. Die in Verdacht geratenen Mittäterpersonen sind zwar festgestellt, wollen aber ihr Alibi nachweisen. Um von den Hinterbliebenen des Ermordeten die unmittelbare Not fernzuhalten, hat das Schkeuditzer Wochenblatt eine Sammlung eröffnet.

Teuchern. Verstöße gegen die Lebensmittel-Verordnung. Die Bäckerei von H. wurde polizeilich geschlossen, da deren Inhaber Brot zu höheren Preisen ohne Brotmarken verkauft hatte. Einem Handelsmann aus Treben, der das Brot zu höheren und noch höheren Preise weiterverkauft hatte, wurde der Handel untersagt. — Es wurde auch das Fleisch von einem Schweine mit Beschlag belegt, das als Spanferkel abgetan worden war und nicht weniger als 1 Zentner Mehrgewicht hatte. —

Weißenfels. Getragene Uniformen jeder Art können in der städtischen Annahmestelle für getragene Kleidung usw. (Marienstraße 1a, 2 Treppen) abgeliefert werden. Die Annahme erfolgt gegen Entgelt; unentgeltlich angebotene Stücke werden selbstverständlich auch angenommen. Die Festsetzung des Preises erfolgt — anders wie bei der Annahme getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren — an den Sammelplätzen der Reichsbekleidungsstelle durch sachkundige Schätzer auf Grund einheitlich festgesetzter Tagen. —

Wittenberg. Keine Milcheinfuhr mehr. Nach Anordnung des Kreisausschusses darf vom 1. Oktober an aus den umliegenden Gemeinden und Molkereien keine Vollmilch mehr in den Stadtbezirk Wittenberg eingeführt werden, vielmehr muß sich die Stadt Wittenberg durch die im Stadtbezirk ansässigen Kuhhalter selbst mit Milch versorgen. Wer daher bis jetzt Vollmilch von auswärts erhalten hat, tut gut, sich so bald als möglich bei einem unserer vorstädtischen Kuhhalter eine neue Milchbezugsquelle zu sichern und sich zu diesem Zwecke bei ihm in die Kundenliste eintragen zu lassen, wenn er nicht vom 1. Oktober an ohne Milch sein will. —

— Das Predigerseminar wird am 6. November sein 100jähriges Bestehen feiern. Das bekannte älteste Predigerseminar in Preußen, es ist 1817, am 3. Jubelfeste der deutschen Kirchenreformation, an dem auch der Grundstein zu Luthers Standbild auf dem Marktplatz gelegt wurde, gegründet worden, und zwar aus dem Fonds der 1502 durch den Kurfürsten Friedrich den Weisen ins Leben gerufenen und 1816 mit der Universität Halle vereinigten Hochschule. Im Augusteum, einem vom Kurfürsten August von Sachsen um 1570 erbauten ehemaligen Universitätsgebäude, war für 25 junge Theologen (jetzt 20) aus allen preußischen Provinzen freie Wohnung bereitet und einem jeden ein Stipendium von jährlich 180, später 200 und 300 Talern zu seinem Unterhalt bestimmt. In der Regel wurde das Stipendium auf 2 Jahre verliehen. Die Leitung der Anstalt wurde unter unmittelbarer Aufsicht des Kultusministeriums, seit 1850 des Evangel. Oberkirchenrats, einem Direktorium von drei (jetzt zwei) Herren anvertraut, das aus Professoren und Dozenten der Wittenberger aufgelösten theologischen Fakultät hervorging; zur Eigenführung in die praktische Tätigkeit des geistlichen Amtes wurden später auch die Stadt-Diakonen herangezogen. Weit über 1200 Kandidaten sind im Laufe der 100 Jahre durch das Seminar gegangen. —

— Große Diebstähle. Während der Nacht zum Sonntag sind Diebe in das Konfektionsgeschäft Richard Hirschfeldt, Kollegienstraße 22, eingebrochen und haben einer 25 Anzüge, zwölf Gummimäntel, ein Paket, enthaltend drei Unterhosen, einen Rucksack sowie Stoff zu vier Paletots, mitgehen heißen. Sie haben sich dann durch die Neustraße nach dem Grund am Gymnasium entfernt und scheinen dort alles zum Weitertransport besser verpackt zu haben, denn dort wurde am andern Morgen noch eine halbfertige Uniform, die sie ebenfalls mitgenommen hatten, und eine Kofferdecke, lilafarbig mit gelber Kreuzstickerei, Größe 120×120, vorgefunden. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt der (durch Versicherung gedeckte) Wert der gestohlenen Sachen mindestens 5000 Mark. — Weiter hat sich in derselben Nacht ein Dieb in ein Hinterhaus des Grunditücks Dessauer Straße 121 eingeschlichen und dort zwei Arbeitern aus deren Kleidung 60 und 150 Mark, außerdem ein Jackett, Lebensmittelkarten, Ausweispapiere, einen steifen Hut, eine Hose, ein Hemd, 2 Paar Schuhe und verschiedene andre Sachen sowie ein Fahrrad gestohlen. Da er jedoch überrascht wurde, konnte ihm auf seiner Flucht, die ihm glückte, in der Richtung nach dem Elektrizitätswerk zu wenigstens das Rad wieder abgenommen werden. Er ist als der am 21. September von den Reichswerken geflüchtete Musiker Otto Engelhardt, geboren am 19. September 1888 in Eilenburg, festgenommen. —

Zeitz. Bewilligung von Mietbeihilfen. Die Bescheide auf Mietbeihilfegesuche können Sonnabend den 29. September, nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, in den Wohnungen derjenigen Armenpfleger, bei denen die Anträge auf Mietbeihilfe gestellt worden sind, abgeholt werden. —

— Als gestohlen sind angezeigt worden zwei weiße, ein schwarz gefleckes und gelbes Kaninchen, ein rotgelber Kammler, eine weiße Ente und 1 Paar schwarze Schnürschuhe mit Zweckenbeschlag. —

Aus der Parteibewegung.

Internationale Vorurteile.

Das „Hamburger Echo" wendet sich im Leitartikel seiner Sonntagsnummer mit Entschiedenheit dagegen, daß die seit Kriegsbeginn deutlich hervorgetretene Voreingenommenheit in den leitenden neutralen Kreisen der Internationale gegen Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie noch immer herrscht und auch im jüngsten Manifest des Komitees für die Stockholmer Konferenz zum Ausdruck gelangt.

An sich sei es schon ein sehr merkwürdiger Zustand, daß Belgier und Russen, also Vertreter einer Kriegspartei, die durchaus nicht als unbeteiligt angesehen werden können, im Organisations-Komitee sitzen, während die Sozialdemokratie der Mittelmächte darin gar nicht vertreten ist. Auf der andern Seite habe die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen gewirkt und nur die deutsche Regierung sich klar auf diesen Standpunkt gestellt. Mit welchem logischen Rechte richte also das Organisations-Komitee eine Mahnung gerade an die deutsche Sozialdemokratie? Unde abendrein die Mahnung, gegen jede Taktik zu kämpfen, welche die russische Revolution untergraben und Deutschland zum Mitschuldigen der Gegenrevolution machen könnte? Deutschland und Oesterreich hätten gegen die russische Revolution nicht den kleinsten Schritt getan, sondern sich nur gewehrt, als man sie angegriffen hatte. Hinter dem Putsche des Generals Kornilow stecke nicht Deutschland, sondern die englische und französische Bourgeoisie, die von den Arbeitern ihres Landes in ihrer Reaktions- und Raubpolitik in keiner Weise gehindert werde. Auch gegen die Paßverweigerung haben die Franzosen und Engländer noch nichts Ernsthaftes unternommen. In dieser Richtung wäre eine scharfe Mahnung zur Pflicht am Platze gewesen. Aber darüber sage das Manifest kein Wort.

Der Artikel schließt: Wir deutschen Sozialdemokraten müssen dringend bitten, uns mit solchen ganz einseitigen Mahnungen zu verschonen, für die nicht der geringste berechtigte Grund vorliegt. Wir haben unsre Pflicht stets getan und werden sie weiter tun. Von den Männern aber, die sich um die Organisation der Stockholmer Konferenz so viel Mühe gegeben haben, müssen wir erwarten, daß sie den Erscheinungen des Krieges und im besondern dem Verhalten der deutschen Sozialdemokratie mit weniger Vorurteilen gegenüberstreten und sich bemühen, nicht alles durch die Entente-brille zu sehen, vielmehr volle Objektivität zu gewinnen. Das kann dem Zweck ihrer Tätigkeit nur nützlich sein und ist unerläßliche Vorbedingung für die Wiederherstellung der Internationale." —

Für Frieden und Freiheit. Abgeordneter Genosse Schöpflin sprach in voriger Woche in Freiburg, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Weinheim und Ladenburg für den Verständigungsfrieden und die Freiheit in der Ausgestaltung Deutschlands. Die Versammlung in Mannheim diente der Erörterung der Vorgänge innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Alle Versammlungen waren sehr gut besucht; Gegner traten nirgends auf, obwohl das Bürgertum stets zahlreich vertreten war. Auch die Unabhängigen verhielten sich still. —

Für Verständigungsfrieden, Freiheit und Brot demonstrierten in Harburg in öffentlicher Versammlung über 1000 Personen, vor denen Reichstagsabgeordneter Genosse Molkenbuhr sprach. Nach seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde eine Entschließung angenommen, in der entschieden protestiert wird gegen das Treiben der Alldeutschen und Annexionisten. Die Versammlung erwartet von den Mehrheitsparteien des Reichstags, daß sie nur eine Regierung stützen, die ungweideutig auf gewaltsame Gebietseroberungen und Entschädigungen verzichtet und zur sofortigen Durchführung der preußischen Wahlreform bereit ist. —

Ein Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie. Eine Parteiversammlung für Groß-Stuttgart nahm am Donnerstag Stellung zum Würzburger Parteitag. Einstimmig wurde ein Antrag Heymanns angenommen, der Parteitag möge die Einsetzung einer Kommission beschließen, die einen in volkstümlicher und packender Sprache gehaltenen Entwurf eines Aktionsprogramms der deutschen Sozialdemokratie auf der Grundlage der heutigen durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse so rasch als möglich auszuarbeiten, zu veröffentlichen und den Parteiinstanzen zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Streike und Aussperrungen im Jahre 1916.

Die amtliche Statistik der Streike und Aussperrungen des Jahres 1916 ist erschienen. Wenn auch die offizielle Streikstatistik auf wesentlich andern Grundlagen beruht als die gewerkschaftliche, und daher auch stets zu andern Resultaten führt, so verdienen ihre Resultate doch Beachtung, da sie ja zum mindesten die Entwicklung der Bewegung im Vergleich zu den Vorjahren richtig widerspiegelt.

Das Jahr 1916 hat wieder eine Zunahme der Arbeitskämpfe gebracht, nachdem diese mit Kriegsbeginn außerordentlich eingeschränkt waren. Es wurden in ihm 240 Streike mit 124 188 Beteiligten gezählt, darunter 225 Angriffs- und 15 Abwehrstreike. Aussperrungen fanden keine statt. Dagegen hatten die fünf Kriegsmonate 1914 26 Streike mit 2084 Beteiligten und das Jahr 1915 137 Streike und 4 Aussperrungen mit 124 188 Beteiligten aufzuweisen. Freilich war auch im letzten Jahre die Friedensziffer noch nicht annähernd erreicht, da im Jahre 1913 2127 Streike und 337 Aussperrungen mit 311 048 beteiligten Personen amtlich gezählt wurden.

Tatsächlich lagen aber die Verhältnisse im abgelaufenen Jahre bedeutend günstiger, als es bei einem Vergleich der beteiligten Personen scheinen könnte. Der wirkliche Umfang der Arbeitskämpfe wird gekennzeichnet durch die Zahl der verlornen Arbeitstage, die das Produkt aus der Angahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer der Arbeitskämpfe in Tagen bei den einzelnen Streikigkeiten darstellt. Im Jahre 1913 wurden 11 190 495 Tage durch Arbeitsstreitigkeiten verloren; 1914 sank die Summe auf 2 843 895, im ersten vollen Kriegsjahr 1915 auf 45 511, um im letzten wieder auf 245 404, d. i. etwa den 40. Teil der Friedensziffer zu steigen.

Den größten Umfang hatten die Arbeitskämpfe in der Gewerbegruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., also derjenigen Gruppe, die im wesentlichen die Kriegsindustrie umfaßt. Auf sie entfielen 65 081 oder 52,4 Prozent, d. i. mehr als die Hälfte aller überhaupt Streikenden. Es folgt die Gruppe Bergbau mit 44 166 oder 35,6 Prozent der Streikenden, so daß also diese beiden Gruppen allein 88 Prozent aller Beteiligten umfassen. Die übrigen Gruppen waren alle mit kleinern Ziffern beteiligt.

Was den Ausgang der Arbeitskämpfe anbelangt, so war dieser nach der amtlichen Darstellung, die aber in dieser Beziehung mit Vorsicht aufzunehmen ist, kein sehr günstiger. Nur 2,4 Prozent der Streikenden hatten einen vollen Erfolg; 55,1 Prozent mußten sich mit einem teilweisen Erfolg begnügen, während 42,5 Prozent überhaupt erfolglos gekämpft hatten. In vorhergehenden Jahre waren die Verhältniszahlen 12,0, 51,7 und 36,3 Prozent, also wesentlich günstiger. Die Mehrzahl der Kämpfe wurde natürlich um Erhöhung der Löhne geführt. —

Kleine Chronik.

Ein großer Pelzwarendiebstahl.

In der Nacht zum Sonntag wurden in Berlin in dem Geschäft von Freystadt & Ko. nach den noch nicht ganz abgeschlossenen Feststellungen für etwa 30 000 Mark fertige Waren, Alaskafuchs, Zobel, Iltis usw. und Felle gestohlen. Von den Einbrechern und dem Verbleib ihrer Beute ist noch keine Spur gefunden. —

Auf der Jagd erschossen.

Der Rentier Lueck ist bei Tütz (Westpreußen) auf der Jagd versehentlich von seinem Jagdgenossen erschossen worden. —

Wenn der Chef auf Reisen ist.

Höchst unerfreuliche Entdeckungen mußte ein Berliner Kaufmann nach der Rückkehr von ihrer kurzen Reise machen. Im Lager fehlten größere Bestände, Kunden beschwerten sich, daß auf telephonische Anrufe sich im Geschäft niemand gemeldet habe, die Post war nicht erledigt, Kundenaufträge nicht geschrieben worden und briefliche Anfragen des Geschäftsinhabers selbst waren unbeantwortet geblieben. Die Untersuchung führte zur sofortigen Entlassung mehrerer Angestellter, von denen eine Maschinenschreiberin von dem Kaufmannsgericht wegen unbegründeter Entlassung auf Fortzahlung des Gehalts klagte. In der Verhandlung ergab sich, daß die weiblichen Angestellten gleich nach der Abreise ihres Vorgesetzten Freundschaft mit einigen Soldaten geschlossen und mit diesen Soldaten große Zechgelage und Kaffeekränzchen in den Geschäftsräumen veranstaltet hatten. Speisen und Getränke wurden dem Warenbestand des Geschäfts entnommen und in großen Mengen verbraucht. Wie der Vertreter des Geschäftsinhabers, dem die angestellten Damen aber nicht gehorchten, bekundete, ging es in der ersten Zeit noch verhältnismäßig harmlos zu. Später hin dauerten die Gelage die ganze Nacht hindurch. Wenn er morgens die Geschäftsräume betrat, war die Gesellschaft noch lustig beisammen und lud ihn in ausgelassener Stimmung zum Mitgehen ein. Der Beklagte gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß sich von den entlassenen Angestellten gerade die Klägerin zur Erhebung einer Klage verstanden hat, dem gegen sie bestehe er Entlassungsgründe in beliebiger Zahl. So habe sie eines Tages vom Geschäft aus durch den Fernsprecher einen Herrn ersucht, ihr sofort durch das Lehrmädchen 100 Mark zu schicken. Als der Herr sich weigerte, erpreßte sie sich den Betrag mit der Drohung: „Mein Liebchen, wenn ich das Geld nicht sofort bekomme, werde ich Deiner Frau Bescheid sagen." Tatsächlich hat das Lehrmädchen die 100 Mark sofort erhalten. Die Klägerin suchte sich damit herauszureden, daß es sich bei diesem Gespräch um ein — Schinkengeschäft gehandelt habe. Die Klage der Buchhalterin wurde kostenpflichtig abgewiesen. —

Hinrichtung in Insterburg.

Durch den Scharfrichter Späthe aus Breslau wurde in Insterburg der wegen Ermordung einer Försterfrau und ihrer Haushälterin zum Tode verurteilte Reservist Papendick hingerichtet. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170926-13/fragment/page=0006